Ökonomische Effekte der Deprivation von Kindern und Jugendlichen

Ökonomische Wirkungen und Fiskalbilanz der öffentlichen Hand

Dr. Wido Geis-Thöne
Prof. Dr. Axel Plünnecke

Auftraggeber:
Deutsches Komitee für UNICEF e.V.
Stabsstelle Advocacy, Forschung, Programme in Deutschland
Schumannstraße 18
10117 Berlin

Köln, 15.10.2026

Gutachten

INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT

Herausgeber
Institut der deutschen Wirtschaft Köln e. V.
Postfach 10 19 42
50459 Köln

Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) ist ein privates Wirtschaftsforschungsinstitut, das sich für eine freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung einsetzt. Unsere Aufgabe ist es, das Verständnis wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Zusammenhänge zu verbessern.

Das IW in den sozialen Medien

LinkedIn
@Institut der deutschen Wirtschaft

Instagram
@IW_Koeln

Autoren

Dr. Wido Geis-Thöne
Senior Economist für Familienpolitik und Migrationsfragen
geis-thoene@iwkoeln.de
0221 – 4981-705

Prof. Dr. Axel Plünnecke
Leiter Cluster Bildung, Innovation, Migration
pluennecke@iwkoeln.de
0221 – 4981-701

Alle Studien finden Sie unter
www.iwkoeln.de

In dieser Publikation wird aus Gründen der besseren Lesbarkeit regelmäßig das grammatikalische Geschlecht (Genus) verwendet. Damit sind hier ausdrücklich alle Geschlechteridentitäten gemeint.

Stand:
Oktober 2026

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung **4**

1 Hintergrund **5**

2 Abgrenzung der Deprivation von Kindern und Jugendlichen **7**

3 Schlaglichter zur aktuellen Situation in Deutschland **10**

4 Auswirkungen der Deprivation von Kindern und Jugendlichen **18**

5 Fiskalische Effekte der Lebenslagen deprivierter Kinder **23**

6 Handlungsmöglichkeiten für den Staat **27**

6.1 Finanzielle Unterstützung der Familien 27

6.2 Kompensatorische Angebote für Kinder und Jugendlichen 29

6.3 Begleitung und Unterstützung von Eltern 32

7 Fazit **34**

Appendix: Einzelitems zur Deprivation nach Charakteristika **35**

Abstract **37**

Tabellenverzeichnis **38**

Abbildungsverzeichnis **38**

Literaturverzeichnis **39**

JEL-Klassifikation

H81 – Fiskalische Analysen verschiedener Lebensläufe
J13 – Kinder und Jugendliche
O15 – Entwicklung des Landes

Zusammenfassung

Die Kinder und Jugendlichen von heute entscheiden über die wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Entwicklung im Deutschland von morgen. Dies gilt umso mehr, da die Bevölkerung vor dem Hintergrund des demografischen Wandels zunehmend überaltert. Sehr problematisch ist es, wenn die Kinder und Jugendlichen keinen ausreichenden Zugang zu Ressourcen haben, die für ihre Entwicklung und Teilhabe bedeutsam wären. In solchen Fällen liegt eine Deprivation vor. Dabei sind nicht nur materielle, sondern auch soziale Ressourcen, wie freundschaftliche Beziehungen zu anderen Kindern, relevant. Allerdings gibt es bislang nur einen Indikator der EU, der die kinderspezifische materielle Deprivation misst und dabei auch nur prüft, ob der Zugang zu den Ressourcen aus finanziellen Gründen nicht ausreichend ist. Ihm zufolge waren 11,3 Prozent der unter 16-Jährigen in Deutschland im Jahr 2024 von kinderspezifischer materieller Deprivation betroffen. Stellt man mit der Erhebung über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) für das Jahr 2021 eigene Berechnungen an und ändert die Abgrenzung des Indikators dahingehend, dass auch ein fehlender Zugang zu den Ressourcen aus anderen Gründen mitberücksichtigt wird, steigt der Anteil von 10,0 Prozent auf 25,2 Prozent an. Dabei fällt die kinderspezifische materielle Deprivation häufig mit anderen Risikofaktoren für die Entwicklung der Kinder, wie insbesondere der Bildungsferne der Eltern, zusammen.

In einem dieses Gutachten ergänzenden IW-Report wurde ermittelt, dass ein durchschnittliches Kind im Laufe seines Lebens 301.900 Euro mehr an Steuern und Abgaben zahlt, als es von der öffentlichen Hand an Leistungen erhält, wobei auch die Mindereinnahmen bei den Müttern und Vätern aufgrund der Elternschaft berücksichtigt sind. Allerdings gibt es große Unterschiede je nach Bildungsweg der Kinder. So kostet es den Staat langfristig 421.300 Euro, wenn es jungen Menschen nicht gelingt, einen berufsqualifizierenden Abschluss zu erwerben. Erkranken sie insbesondere auch aufgrund sozialer Deprivation an einer Depression, sind es 345.500 Euro. Für die materiell deprivierten Kinder liegt der langfristige Fiskalbeitrag um 216.500 Euro niedriger als für die nicht deprivierten Kinder. Ursächlich hierfür ist das ungünstigere Lebensumfeld der betroffenen Kinder insgesamt – etwa auch, dass diese häufig in bildungsfernen Familien aufwachsen – und nicht nur die materielle Deprivation an sich.

Um die Lage nachhaltig zu verbessern, reichen die staatlichen Transferleistungen allein nicht aus, da sie nur dann effektiv wirken können, wenn die Deprivation tatsächlich nur aus finanziellen Engpässen der Familien resultiert. Notwendig sind auch kompensatorische Angebote für die betroffenen Kinder und Jugendlichen, die unabhängig von der Ursache der Deprivation wirken, wie ein Frühstücksangebot in den Schulen. Diese sollten zielgerichtet weiter ausgebaut werden. Allerdings können sie nur Kinder erreichen, die bereits eine institutionelle Einrichtung, wie Kita oder Schule, besuchen und derartige Angebote sind auch nicht für alle Lebensbereiche sinnvoll. Daher sind die gezielte Begleitung und Unterstützung der betroffenen Familien ebenfalls von großer Bedeutung.

1 Hintergrund

Deutschland trägt nicht nur Verantwortung für seine Kinder und Jugendlichen. Diese sind auch aus ökonomischer Sicht entscheidend dafür, wie sich das Land in den nächsten Jahrzehnten weiterentwickeln kann. Dies gilt umso mehr, da der demografische Wandel dazu führt, dass immer mehr Älteren im Rentenalter immer weniger Jüngere am Beginn ihres Erwerbslebens in Deutschland gegenüberstehen (Deschermeier/Schäfer, 2026). Gelingt es nicht, die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Landes zumindest zu erhalten, drohen Wohlstandsverluste und Versorgungsengpässe bei Dienstleistungen, etwa im pflegerischen und handwerklichen Bereich. Auch wird die öffentliche Hand bei einer immer stärkeren Schieflage in der Sozialversicherung das heutige Niveau der sozialen Sicherung kaum aufrechterhalten können. Entscheidend ist, dass es möglichst allen jungen Menschen gelingt, das Bildungssystem erfolgreich zu durchlaufen und einen am Arbeitsmarkt gesuchten berufsqualifizierenden Abschluss zu erwerben. Gleichzeitig sollten sie zu physisch und psychisch belastbaren, sozial starken Persönlichkeiten heranreifen, damit sie mit ihrer Arbeits- und Innovationskraft die Wirtschaft voranbringen und zu Stützen der Gesellschaft werden können. Ergeben sich im Lebenslauf längere Phasen der Angewiesenheit auf staatliche Unterstützung, etwa aufgrund von Arbeitslosigkeit infolge einer unzureichenden Bildung oder wegen gesundheitlicher Einschränkungen, dürfte das auch für die Betroffenen selbst in Zukunft noch deutlich problematischer sein als heute. Denn der Staat wird aufgrund der zunehmenden Schieflage der öffentlichen Haushalte in den nächsten Jahren aller Voraussicht nach auch in diesen Bereichen Kürzungen vornehmen müssen.

Vor diesem Hintergrund wird es immer wichtiger, Maßnahmen, die den Kompetenzerwerb von Kindern und Jugendlichen oder ihre gesundheitliche oder soziale Entwicklung fördern, als Investitionen zu betrachten (Geis-Thöne/Plünnecke, 2024). Gelingt es mit ihnen, die Positionierung der jungen Menschen im Erwachsenenalter am Arbeitsmarkt zu verbessern, ergeben sich hieraus langfristig Mehreinnahmen in Form von Steuern und Sozialabgaben für die öffentliche Hand, die auch höhere Ausgaben für die Maßnahmen sehr schnell um ein Vielfaches übersteigen können. So hat der Staat letztlich ein starkes wirtschaftliches Motiv, gute Bedingungen für das Aufwachsen der Kinder und Jugendlichen im Land zu schaffen; eine sozialpolitische Verantwortung hierfür trägt er ohnehin und aus der UN-Kinderrechtskonvention ergibt sich auch ein Anspruch der jungen Menschen hierauf. Allerdings erfordert es politische Weitsicht, um dies zu erkennen und danach zu handeln. Richten die zuständigen Akteure ihren Blick nur auf die aktuelle Haushalts- oder Legislaturperiode, führt die Unterstützung der Kinder und Jugendlichen fast nur zu Mehrausgaben, da die positiven wirtschaftlichen Effekte größtenteils erst mit einem deutlichen zeitlichen Verzug, nach Eintritt der Kinder und Jugendlichen in den Arbeitsmarkt, zum Tragen kommen. Ein Problem ist an dieser Stelle auch, dass die Kosten der Maßnahmen für Kinder, Jugendliche und Familien weitgehend von den Kommunen und den Ländern getragen werden müssen, die Mehreinnahmen durch eine bessere Positionierung der jungen Menschen am Arbeitsmarkt aber stärker der Sozialversicherung und dem Bund zugutekommen.

Unabhängig davon, ob der Staat aus dem Investitionsargument für die Kinder und Jugendlichen heraus handelt oder seiner sozialpolitischen und kinderechtlichen Verantwortung nachkommt, muss er umso mehr tun, je ungünstiger die Rahmenbedingungen in den Familien sind. Dies gilt insbesondere, wenn die Kinder dort keinen oder einen nur sehr eingeschränkten Zugang zu Ressourcen haben, die für eine gute Entwicklung wichtig wären und damit als depriviert gelten müssen. Dabei können diese Ressourcen nicht nur materieller, sondern auch sozialer Natur sein. In solchen Fällen muss der Staat die Ressourcen entweder den Kindern und Jugendlichen selbst zur Verfügung stellen – beispielsweise indem er an den Schulen ein Frühstück anbietet – oder die Eltern dazu befähigen, diese für die Kinder zu organisieren. Eine ausreichende finanzielle

Ausstattung der Familien ist hierfür notwendig, aber in vielen Fällen nicht hinreichend. Um gezielt handeln zu können, muss der Staat Kenntnis davon haben, welche Kinder und Jugendlichen konkret in welchen Bereichen von Deprivation betroffen sind. Dazu müssen Akteure, die Umgang mit den Kindern und Jugendlichen haben, wie insbesondere Betreuungs- und Lehrkräfte, sehr gezielt auf entsprechende Anzeichen achten und gegebenenfalls zeitnah weiterreichende Unterstützungsprozesse anstoßen. In manchen Fällen kann es auch sinnvoll sein, wenn der Staat die Unterstützung allen Kindern und Jugendlichen (aus sozial benachteiligten Elternhäusern) pauschal zukommen lässt, ohne zu prüfen, ob sie im Einzelfall tatsächlich von Deprivation betroffen sind. Dies gilt beispielsweise für das Angebot von Mahlzeiten an Schulen mit einer ungünstigen Sozialstruktur.

Im Folgenden wird zunächst erörtert, wie sich die Deprivation von Kindern und Jugendlichen konkreter abgrenzen lässt. Daraufhin werden im dritten Abschnitt einige Schlaglichter auf die aktuelle Lage gerichtet. Der vierte Abschnitt entwickelt ein einfaches konzeptionelles Modell zu den Auswirkungen der Deprivation und unterlegt dies, soweit möglich, mit Daten. Darauf aufbauen lassen sich im fünften Abschnitt die langfristigen fiskalischen Auswirkungen der ungünstigen Lebenslagen der deprivierten Kinder abschätzen. Daraufhin erfolgt ein Perspektivwechsel und im sechsten Abschnitt wird diskutiert, welche Handlungsmöglichkeiten der Staat hat, um der Deprivation von Kindern und Jugendlichen entgegenzuwirken.

2 Abgrenzung der Deprivation von Kindern und Jugendlichen

Um fundierte Aussagen zur Deprivation von Kindern und Jugendlichen in Deutschland treffen zu können, muss man zunächst klären, was unter Deprivation konkret verstanden werden soll. Der Duden (2026) definiert Deprivation als „Mangel, Verlust [oder] Entzug von etwas Erwünschtem“. Allerdings stellt sich die Frage, wer darüber entscheidet, was erwünscht ist. Dies können die Kinder und Jugendlichen selbst, ihre Erziehungsberechtigten oder eine gesamtgesellschaftliche Instanz, wie der Staat oder die Fachleute im einschlägigen Bereich, sein. Hieraus kann sich gegebenenfalls eine sehr unterschiedliche Bewertung derselben Situation ergeben. Fachleute sollten ihre Einschätzungen grundsätzlich nicht nur auf Basis konzeptioneller Überlegungen treffen, sondern auch die betroffenen Personen selbst hören. Möglich sind dabei gesprächsbasierte Formen der Beteiligung von Kindern und Jugendlichen, wie sie etwa auch beim letzten UNICEF-Bericht zur Lage der Kinder in Deutschland gewählt wurden (Walper et al., 2025). So könnte sich mit der Weiterentwicklung der Forschung im einschlägigen Bereich der Blick auf die Deprivation von Kindern und Jugendlichen in den nächsten Jahren noch deutlich verändern. Bislang liegt mit der Indikatorik zur kinderspezifischen materiellen Deprivation der EU (EU, 2026a) erst für den materiellen Bereich ein etabliertes Instrument zur Feststellung der Deprivation von Kindern und Jugendlichen vor.

Von einer kinderspezifischen materiellen Deprivation geht die EU (2026a) aus, wenn bei der Erhebung über die Einkommens- und Lebensbedingungen (EU-SILC) mindestens drei der folgenden Fragen mit „nein, aus finanziellen Gründen“ beantwortet werden.[1]“:

- Jedes Kind hat einige neue Kleidungsstücke (nicht nur Second-Hand Kleidung).
- Jedes Kind besitzt mindestens zwei Paar passende Schuhe für den täglichen Bedarf, die in gutem Zustand sind.
- Jedes Kind bekommt täglich frisches Obst und Gemüse.
- Jedes Kind bekommt täglich eine Mahlzeit mit Fleisch, Geflügel oder Fisch oder eine hochwertige vegetarische Mahlzeit.
- Für jedes Kind gibt es altersgerechte Bücher im Haushalt.
- Jedes Kind hat mindestens ein Sport- oder Freizeitgerät für draußen (z. B. Fahrrad, Roller, Inline-Skates, Kleinkinderspielzeug).
- Jedes Kind hat Spielzeug oder Spiele für drinnen (z. B. Babyspielzeug, Puppen, Bausteine, Brettspiele, Computerspiele).
- Jedes Kind übt regelmäßig Freizeitaktivitäten aus, die mit Kosten verbunden sind (z. B. Sportverein, Musikunterricht, Jugendgruppen, Kinobesuche).
- Jedes Kind feiert Feste zu besonderen Anlässen (z. B. Geburtstage, Namenstage oder religiöse Feste für das Kind).
- Jedes Kind lädt von Zeit zu Zeit Freunde zum Spielen oder Essen ein.

[1] In Deutschland wird EU-SILC im Rahmen des Mikrozensus erhoben. Die Items wurden entsprechend ihrer konkreten Spezifikation im Fragebogen für das Jahr 2024 (Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2024) angegeben.

- Jedes Kind verbringt mindestens eine Woche pro Jahr Urlaub woanders als zu Hause, allein oder mit der Familie (auch Urlaub bei Freunden/Verwandten oder in der eigenen Ferienunterkunft der Familie).
- Jedes Schulkind nimmt an Fahrten, Ausflügen oder Veranstaltungen der Schule teil, auch wenn diese Geld kosten.
- Können sie in Ihrem Haushalt Möbel (Bett, Sofa, Kommode, Schrank) ersetzen, wenn diese abgenutzt oder beschädigt sind?
- Ich [also Mutter oder Vater] habe einen Internetzugang für den persönlichen Bedarf, wenn ich ihn benötige (z. B. über Smartphone, Computer, Laptop oder Tablet)?[2]
- Gibt es folgende Dinge in ihrem Haushalt? Ein Auto (kein Firmen- /Dienstwagen).
- War Ihr Haushalt in den letzten zwölf Monaten bei Miete, Konsum oder Verbraucherkrediten oder Rechnungen im Zahlungsrückstand? (mit ja oder nein beantwortet).
- Was kann sich Ihr Haushalt finanziell leisten? Die Wohnung angemessen warm zu halten (mit ja oder nein beantwortet).

Nicht mitgezählt wird die Antwort „nein, aus anderen Gründen“. Das ist nur zielführend, wenn lediglich der materielle Aspekt der Deprivation im Fokus steht. So sind etwa Kinder, die nicht täglich eine Mahlzeit mit Fleisch, Fisch, Geflügel oder einem adäquaten vegetarischen Ersatz und frisches Obst und Gemüse erhalten, in der Regel auch dann als depriviert zu werten, wenn dies andere als finanzielle Gründe hat.

Ein wesentlich umfassenderes Konzept der Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen betrachtet UNICEF (2025) mit den Kategorien materielle Situation, Bildung, soziale Beziehungen, sicheres Aufwachsen und Risiken, Gesundheit und subjektives Wohlbefinden. Wenn diese nicht oder nur unzureichend befriedigt werden, muss dies nicht unbedingt nur materielle Gründe haben. So ist im Bereich Bildung etwa von zentraler Bedeutung, in welchem Umfang die Kompetenzentwicklung fördernde Aktivitäten, wie Vorlesen, in der Familie erfolgen, für die der Bildungshintergrund der Eltern deutlich relevanter ist als ihre finanziellen Ressourcen. Vor diesem Hintergrund kann es auch nicht nur dann zu einer Deprivation von Kindern und Jugendlichen kommen, wenn die materiellen Ressourcen der Familie beschränkt sind.

Bei Erwachsenen sind grundsätzlich die Handlungsmöglichkeiten oder Zugänge und nicht ihre Inanspruchnahme entscheidend dafür, ob eine Deprivation vorliegt. So ist etwa ein (unfreiwillig) Obdachloser eindeutig als depriviert zu werten, nicht jedoch eine Person, die sich für ein Leben als Aussteiger entscheidet und in diesem Kontext auf einen festen Wohnsitz verzichtet. Bei Kindern ist das weniger eindeutig, da sich ihre Aktivitäten und Lebensumstände auf die weitere Entwicklung auswirken können. In vielen Bereichen lässt sich die Deprivation letztlich auch an diesen festmachen und es ist nicht unbedingt notwendig, komplexere Messkonzepte zu entwickeln, um festzustellen, ob die Kinder und Jugendlichen prinzipiell Zugänge oder Handlungsmöglichkeiten hätten, auf deren Nutzung sie jedoch gegebenenfalls aus eigenem Willen verzichten. Allerdings ist bei der Wahl der Indikatoren Vorsicht geboten. So können etwa sportliche Aktivitäten von Kindern und Jugendlichen in Vereinen, aber auch im Rahmen der über den regulären Unterricht hinausgehenden

[2] Hier wird ersatzweise nach dem Internetzugang der Eltern gefragt, da es stark vom Alter der Kinder abhängt, was in diesem Bereich für Kinder sinnvoll und wünschenswert ist. Gezählt wird die Frage für die Materielle Deprivation nur dann, wenn alle im Haushalt lebenden Elternteilen mit „nein, aus finanziellen Gründen“ antworten.

Angebote der Schulen oder von den Familien selbstorganisiert stattfinden. Damit lässt sich etwa aus einer fehlenden Teilhabe am Vereinssport auch nicht per se darauf schließen, dass die Kinder keinen Zugang zu sportlichen Aktivitäten haben. Gleichzeitig sind nicht alle sportlichen Aktivitäten als gleichwertig zu werten. So sollten die Kinder und Jugendlichen die Möglichkeit haben, die Sportart ihrer Wahl auf einem für sie passenden Leistungsniveau auszuüben und gegebenenfalls an Wettkämpfen teilzunehmen. Wäre dies in ihrem Wohnumfeld grundsätzlich möglich, scheitert aber aus finanziellen oder anderen Gründen, stellt dies eine Deprivation der Kinder und Jugendlichen dar, auch wenn sie grundsätzlich Zugang zu Sport haben.

Sind Kinder und Jugendliche mehr als nur punktuell von Deprivation betroffen, sind sie in der Regel auch als arm zu werten. Arm ist laut Definition des BMZ (2026), wer nicht in der Lage ist, menschliche Grundbedürfnisse, unter anderem in den Bereichen Bildung und Sicherheit, zu erfüllen. Ursprünglich geht die (sozialwissenschaftliche) Beschäftigung mit der Deprivation auch auf die Armutsforschung zurück. Da sich gezeigt hatte, dass eine ausschließlich am Einkommen orientierte Indikatorik für internationale Vergleiche nur bedingt geeignet war, wurde auf EU-Ebene ein Instrumentarium zur Messung der materiellen Deprivation von Erwachsenen, unter anderem in den Bereichen Ernährung und Wohnen, entwickelt. Ergänzt wurde dies um einige Aspekte der sozialen Deprivation, wie der Möglichkeit sich mindestens einmal im Monat mit Freunden oder Verwandten zum Essen oder auf ein Getränk zu treffen, zu einem Indikator für die materielle und soziale Deprivation von Erwachsenen (EU, 2026b). Allerdings wurde dabei nur der Ausschluss von diesen Aktivitäten aus finanziellen Gründen in den Blick genommen. So liegt der Fokus derzeit noch fast ausschließlich auf der materiellen Dimension, während die menschlichen Grundbedürfnisse an sich wesentlich vielschichtiger sind. Etwa zählt zu ihnen der Bedürfnispyramide von Maslow zufolge eindeutig auch Liebe und Anerkennung, die keine Frage der finanziellen Ressourcen sind (Weber, 2010). Dies gilt auch für den bereits dargestellten Indikator der EU zur kinderspezifischen materiellen Deprivation.

Mit Blick auf mögliche politische Ableitungen aus den im Folgenden aufgezeigten Befunden ist bereits an dieser Stelle darauf hinzuweisen, dass der Zusammenhang zwischen den finanziellen Ressourcen der Familien und der materiellen Situation der Kinder nicht trivial ist. Anders als Erwachsene können Kinder und Jugendliche, abgesehen von kleineren Taschengeldbeträgen, nicht selbstständig finanzielle Transaktionen durchführen. Selbst wenn sie über eigene Einnahmen oder eigenes Vermögen verfügen, übernehmen das für sie aufgrund der fehlenden Geschäftsfähigkeit in aller Regel die Eltern. Obwohl diese im Normalfall im Sinne ihrer Kinder handeln, kann sich bei gleichen Einnahmen der Familie eine sehr unterschiedliche materielle Situation der Kinder ergeben. Dies hat mehrere Gründe: Zunächst spielen bereits vorhandene Ressourcen der Familie eine Rolle, die typischerweise noch nicht einmal als Vermögenswerte angesehen werden. Dazu zählen etwa eine bereits vorhandene Ausstattung für die Versorgung von Säuglingen und Spielwaren für größere Kinder. Dann kann die Aufteilung der finanziellen Ressourcen innerhalb der Familie unterschiedlich erfolgen. Dies betrifft bei ärmeren Familien insbesondere die Frage, wie viel die Eltern sich selbst zugestehen. Hinzukommt, dass auch Personen außerhalb der Kernfamilie, wie Großeltern, Ausgaben für die Kinder aus ihren Mitteln finanzieren können, etwa indem sie ihnen Bekleidung oder Spielwaren schenken oder mit ihnen Ausflüge unternehmen. Auch spielen die Lebensumstände der Kinder eine Rolle dafür, welche materiellen Ressourcen für sie konkret relevant sind. So benötigen etwa Jugendliche im ländlichen Bereich vielfach Zugang zu einem Kraftfahrzeug, um ihre sozialen Beziehungen altersgemäß pflegen zu können, wohingegen dies im städtischen Bereich in der Regel auch ohne Weiteres mit dem öffentlichen Personennahverkehr möglich ist.

3 Schlaglichter zur aktuellen Situation in Deutschland

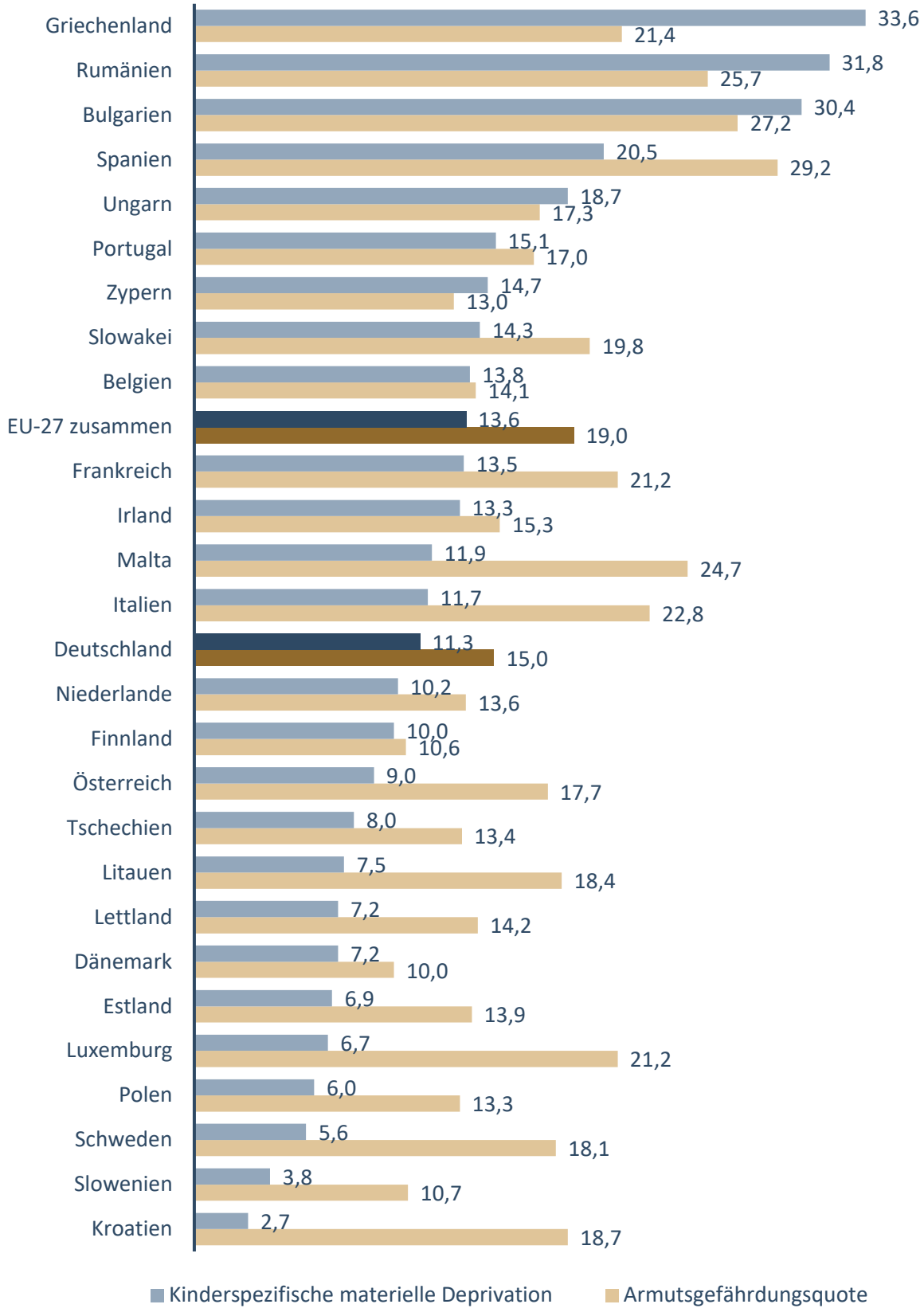
Im Rahmen der vorliegenden Untersuchung ist es nicht möglich, eine fundierte vollständige konzeptionelle Fassung der Deprivation von Kindern und Jugendlichen zu entwickeln und mit entsprechenden Indikatoren zu hinterlegen, sodass hier nur Schlaglichter auf einzelne relevante Teilbereiche gerichtet werden können. Nimmt man zunächst die kinderspezifische materielle Deprivation nach Abgrenzung der EU in den Blick, waren der auf der Erhebung über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) basierenden amtlichen Statistik von Eurostat zufolge im Jahr 2024 in Deutschland 11,3 Prozent der unter 16-Jährigen betroffen. Diese Altersabgrenzung ergibt sich daraus, dass bei der Erhebung Jugendliche ab 16 Jahren selbst befragt werden und ab diesem Alter entsprechend auch der reguläre Indikator zur sozialen und materiellen Deprivation für die Erwachsenen gebildet wird. Dies ist zielführend, da ein bedeutender Teil der älteren Jugendlichen nicht mehr nur vom Familieneinkommen lebt, sondern insbesondere im Kontext einer betrieblichen Ausbildung ein substanzielles eigenes Einkommen erzielt. Sämtliche Fragen zur kinderspezifischen materiellen Deprivation beziehen sich entsprechend nur auf Kinder und Jugendliche im Alter bis 15 Jahren.

Differenziert man weiter nach Alter, ergeben sich mit 11,4 Prozent bei den unter Sechsjährigen, 11,2 Prozent bei den Sechs- bis Elfjährigen und 11,4 Prozent bei den 12- bis 15-Jährigen keine wesentlichen Unterschiede bei der Betroffenheit von kinderspezifischer materieller Deprivation. Jedoch unterscheidet sich die Lage je nach Zusammensetzung der Haushalte sehr stark. So waren 22,1 Prozent der mit nur einem (alleinerziehenden) Erwachsenen zusammenlebenden unter 16-Jährigen, aber nur 9,4 Prozent der in Haushalten mit zwei Erwachsenen Lebenden betroffen. Auch waren es bei zwei Erwachsenen im Haushalt nur 6,1 Prozent der einzigen Kinder und 8,8 Prozent der Kinder mit einem weiteren Geschwister, aber 13,1 Prozent der Kinder in Haushalten mit mindestens drei Kindern (Eurostat, 2026). Im Vergleich mit den anderen EU-Ländern liegt Deutschland mit dem Anteil von 11,3 Prozent im Mittelfeld und noch unter dem Durchschnitt von 13,6 Prozent (Abbildung 3-1). Vergleicht man die Anteile der von kinderspezifischer materieller Deprivation betroffenen unter 16-Jährigen mit den Anteilen der Kinder im gleichen Alter, die vor dem Hintergrund eines Familieneinkommens von weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens als armutsgefährdet gelten, zeigen sich sehr unterschiedliche Verteilungen innerhalb der EU (Abbildung 3-1). Dies macht deutlich, dass es einen maßgeblichen Unterschied macht, welchen der beiden Indikatoren man in den Blick nimmt.

Bei der kinderspezifischen materiellen Deprivation muss man sich die Frage stellen, ob Kinder und Jugendliche nicht auch als depriviert gelten müssen, wenn sie zu den entsprechenden Ressourcen (siehe Abschnitt 2) aus anderen als finanziellen Gründen keinen Zugang haben. Beispielsweise wäre dies eindeutig der Fall, wenn sie keine regelmäßigen Freizeitaktivitäten ausüben können, da sie die entsprechenden Wege nicht selbst bewältigen und von keinem Erwachsenen gebracht werden können, oder wenn die Eltern es aufgrund psychischer Belastungen nicht schaffen, täglich eine Mahlzeit mit Fleisch oder einem entsprechenden (vegetarischen) Ersatz vorzubereiten. Ändert man den Indikator zur kinderspezifischen materiellen Deprivation so ab, dass nicht nur die aus finanziellen Gründen fehlenden Zugänge berücksichtigt werden, steigt der Anteil der betroffenen unter 16-Jährigen einer eigenen Auswertung der EU-SILC-Befragung im Rahmen des Mikrozensus 2021 (siehe Textkasten) zufolge von 10,0 Prozent auf 25,2 Prozent. Für die Kinder im Alter unter sechs Jahren ist der entsprechende Wert mit 29,9 Prozent wesentlich höher als für die Sechs- bis Neunjährigen mit 22,9 Prozent und die Zehn- bis Fünfzehnjährigen mit 22,3 Prozent.

Abbildung 3-1: Kinderspezifische materielle Deprivation im europäischen Vergleich

Anteile der Kinder unter 16 Jahren in Prozent, Stand: 2024



Quelle: Eurostat, 2026

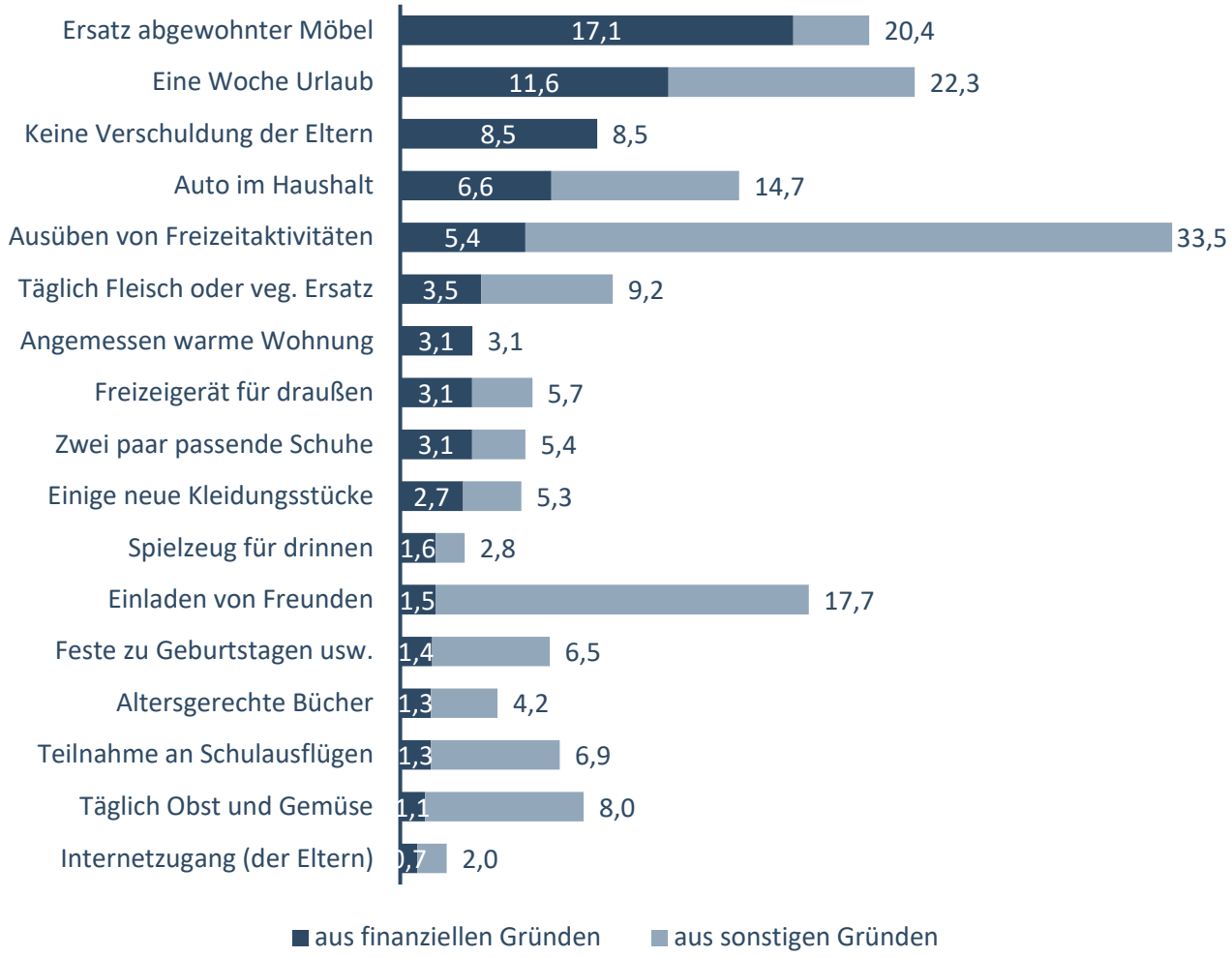
Die EU-SILC-Befragung im Rahmen des Mikrozensus als Datengrundlage

Seit dem Jahr 2020 ist die EU-SILC-Befragung in Deutschland in den Mikrozensus integriert. Für den Mikrozensus werden zunächst die Haushalte von rund 1 Prozent der Bevölkerung anhand der Wohngebäude ausgewählt. Im zweiten Schritt wird aus der so entstehenden Gesamtstichprobe von rund 370.000 Haushalten eine Unterstichprobe mit rund 40.000 Haushalten gezogen, denen auch die spezifischen Fragen von EU-SILC gestellt werden. Während für den Mikrozensus selbst eine gesetzlich geregelte Auskunftspflicht gilt, ist das bei den EU-SILC-Fragen nicht der Fall. So kommt es hier auch in größerem Maß zu Antwortausfällen (Item-Non-Response). Während die materielle und soziale Deprivation von Erwachsenen in jedem Jahr erhoben wird, ist dies bei der kinderspezifischen materiellen Deprivation nur alle drei Jahre der Fall und die Daten für das Jahr 2024 standen zum Zeitpunkt der Erstellung des Gutachtens für eigene Mikrodatenauswertungen noch nicht zur Verfügung, sodass hier nur mit Werten für das Jahr 2021 gearbeitet werden konnte. Zu diesen ist anzumerken, dass es damals in Folge einer technischen Umstellung bei den für die Erhebung zuständigen Stellen und der Lockdowns zur Eindämmung der Corona-Pandemie zu einer erhöhten Zahl an Ausfällen von Teilnehmenden (Unit-Non-Response) gekommen war, was die Datenqualität leicht einschränkt. Daher wurden bei den in Abschnitt 4 präsentierten Auswertungen zu den Heranwachsenden auch die Daten des Jahres 2022 verwendet (Statistisches Bundesamt, 2022, 2023).

Der Indikator zur kinderspezifischen materiellen Deprivation ist nicht in allen Bereich optimal spezifiziert. Insbesondere gibt dies für den Ersatz abgenutzter oder beschädigter Möbel, da es für die Lebensbedingungen der Kinder wesentlich entscheidender ist, ob ihnen altersgerechte Möbel, wie Kinderbetten und Kinderschreibtische, zur Verfügung stehen, als, ob die Möbel der Familie abgewohnt sind. Dabei sticht gerade dieser Indikator bei den in Abbildung 3-2 dargestellten Angaben der Eltern zu den einzelnen Ressourcen sehr stark heraus. Bei den ebenfalls besonders häufig genannten Engpässen in den Bereichen Urlaub, Verschuldung der Eltern und Verfügbarkeit eines Autos ist ebenfalls fraglich, ob sie tatsächlich auf alle Kinder in substanziellem Maß deprivierend wirken. Dabei reichen drei negative Antworten aus, damit ein Kind als depriviert gilt. Betrachtet man nur die Ressourcen, die eindeutig zur Befriedigung der grundlegenden Bedürfnisse der Kinder und Jugendlichen beitragen, wie Nahrung, Kleidung und altersgerechte Spielwaren, finden sich Anteile mit einem Mangel aus finanziellen Gründen von weit unter 5 Prozent. Knapp darüber liegt das Item zu den (kostenpflichtigen) Freizeitaktivitäten, das mit seiner Zusammenfassung der vollkommen unterschiedlichen Lebensbereiche der Mitgliedschaften in Sportvereine und Kinobesuche relativ schwer einzuordnen ist. Allerdings gibt es auch in diesen Bereichen größere Gruppen von Kindern und Jugendlichen, die aus anderen als finanziellen Gründen keinen ausreichenden Zugang zu den entsprechenden Ressourcen haben. Nimmt man nur die für eine gesunde Entwicklung besonders relevante Ernährung in den Blick, kommt man auf einen Anteil von 10,9 Prozent der Personen unter 16 Jahren, in deren Familien nicht jedes Kind täglich eine hochwertige warme Mahlzeit mit Fleisch, Fisch, Geflügel oder einem vegetarischen Ersatz sowie frisches Obst und Gemüse bekommt, wobei theoretisch auch nur Geschwister betroffen sein können (FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, DOI: 10.21242/12211.2021.00.00.1.1.2; eigene Berechnungen).

Abbildung 3-2: Mangel bei Einzelitems zur kinderspezifischen materiellen Deprivation

Anteile der Kinder unter 16 Jahren in Prozent, Stand: 2021

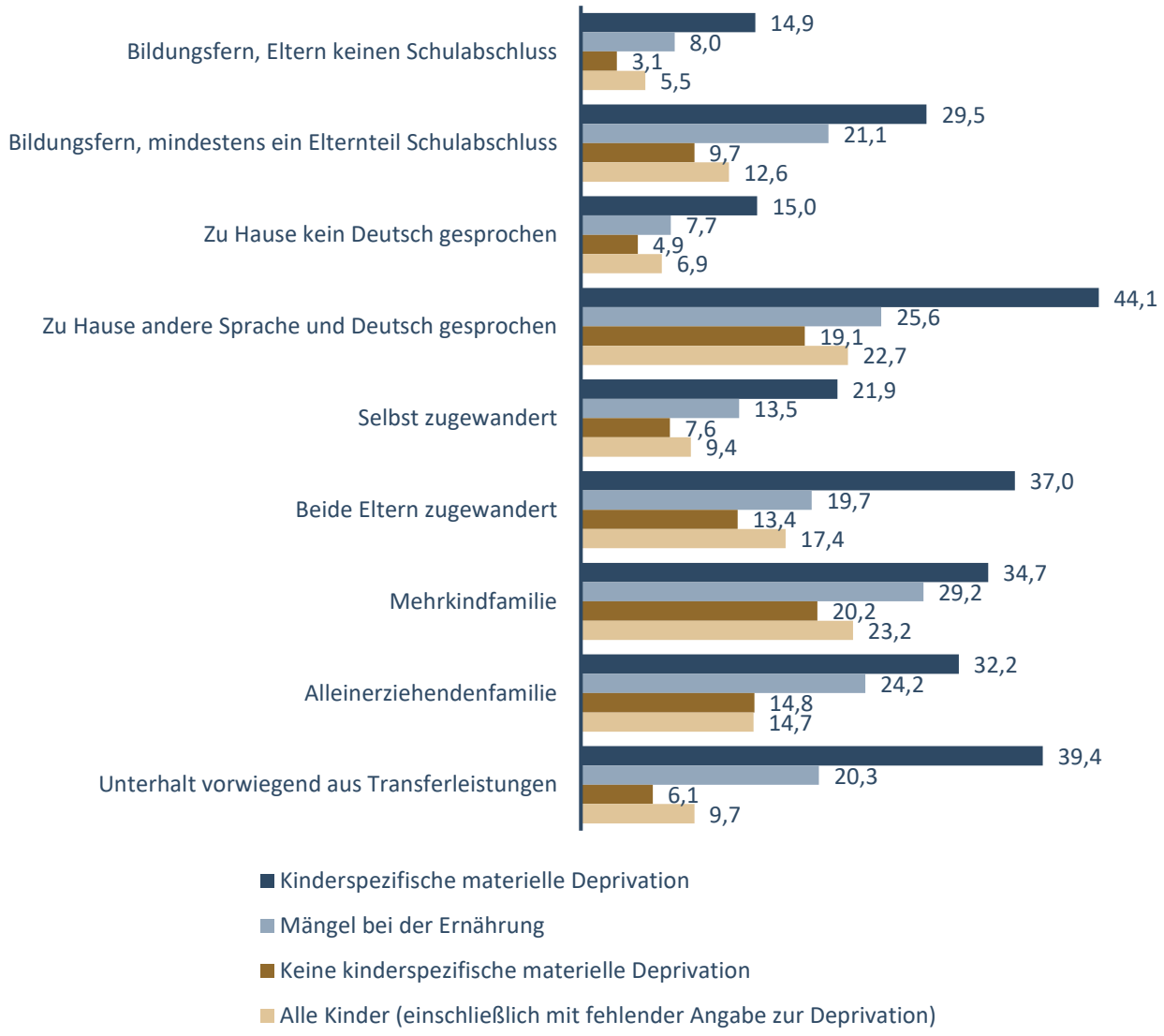


Ausgewertet wurden nur die Angaben von Familien, die zu allen Einzelitems der materiellen Deprivation Angaben machen; bei Schulausflügen und Schulden wurde bei fehlenden Angaben abweichend von keinem Mangel ausgegangen. Bei der angemessenen Beheizung der Wohnung (und den Schulden) liegen keine Angaben zu einem Mangel aus sonstigen Gründen vor.
Quellen: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, DOI: 10.21242/12211.2021.00.00.1.1.2; eigene Berechnungen

Häufig fällt die kinderspezifische materielle Deprivation mit weiteren Risikofaktoren für eine gute Entwicklung der Kinder und Jugendlichen zusammen. So lebten 44,3 Prozent der von kinderspezifischer materieller Deprivation betroffenen unter 16-Jährigen im Jahr 2021 bei bildungsfernen Eltern ohne berufsqualifizierenden Abschluss, wohingegen dies nur auf 12,8 Prozent der nicht von kinderspezifischer Deprivation betroffenen zutraf (Abbildung 3-3). Besonders kritisch für die Entwicklungschancen der Kinder ist es, wenn auch kein Elternteil einen Schulabschluss hat, da in diesem Fall größere Lücken bei der Grundbildung der Eltern, insbesondere auch im Bereich Lesen und Schreiben, sehr wahrscheinlich sind. Dies betraf 14,9 Prozent der materiell deprivierten unter 16-Jährigen.

Abbildung 3-3: Weitere Risikofaktoren für die Entwicklung von Kindern nach Deprivation

Anteile an den materiell deprivierten Kindern und weiteren genannten Kindergruppen unter 16 Jahren in Prozent, Stand: 2021



Lesehilfe: 14,9 Prozent der materiell deprivierten Kinder sind bildungsfern, ohne einen Elternteil (im Haushalt) mit Schulabschluss.
Quellen: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, DOI: 10.21242/12211.2021.00.00.1.1.2; eigene Berechnungen

Ebenso kann es für den Erfolg der Kinder im deutschen Bildungssystem problematisch sein, wenn sie zu Hause kein Deutsch sprechen und ihre Sprachkenntnisse entsprechend fast ausschließlich in Kita und Schule erwerben müssen. Dies war im Jahr 2021 bei 15,0 Prozent der materiell deprivierten Kinder unter 16 Jahren der Fall. Insgesamt sind diese sehr häufig in migrantischen Milieus zu verorten. Nur bei 41,1 Prozent von ihnen waren nicht beide Elternteile oder sie selbst im Ausland geboren, wohingegen dies auf 79,0 Prozent der nicht deprivierten unter 16-Jährigen zutraf. Jeweils rund ein Drittel von ihnen lebten in Familien mit drei und mehr Kindern und mit nur einem alleinerziehenden Elternteil. Vorwiegend von den staatlichen Transferleistungen der Grundsicherung, der Sozialhilfe oder der Asylbewerberleistungen bestritten die Familien von 39,4 Prozent der materiell deprivierten unter 16-Jährigen im Jahr 2021 ihren Lebensunterhalt. Behält man im Blick, dass die Familien der betroffenen Kinder in aller Regel von finanziellen Engpässen betroffen sind, ist dieser Anteil als eher niedrig einzustufen. Betrachtet man statt der kinderspezifischen materiellen Deprivation die

Mängel bei der Ernährung der Kinder (siehe oben), ist der Zusammenhang mit den betrachteten Risikofaktoren deutlich schwächer ausgeprägt.

In Abbildung 3-3 wurden auch die entsprechenden Anteile für alle unter 16-Jährigen als Referenzpunkte mit ausgewiesen. Hier ergibt sich ein marginal niedrigerer Anteil unter 16-Jähriger, die bei Alleinerziehenden leben, als in der Gruppe der nicht von kinderspezifischer Deprivation Betroffenen, was auf den ersten Blick nicht plausibel erscheint. Die Erklärung ist, dass die Gesamtgruppe auch die Kinder und Jugendlichen enthält, bei denen sich aufgrund fehlender Angaben nicht feststellen ließ, ob sie von kinderspezifischer materieller Deprivation betroffen waren oder nicht. In dieser Restgruppe finden sich wiederum prozentual weniger unter 16-Jährige bei Alleinerziehenden als in der Gesamtgruppe. Dass diese Restgruppe vergleichsweise viel Gewicht hat, schränkt auch die Messgenauigkeit und damit gegebenenfalls auch die Treffsicherheit der weiteren ausgewiesenen Werte deutlich ein.

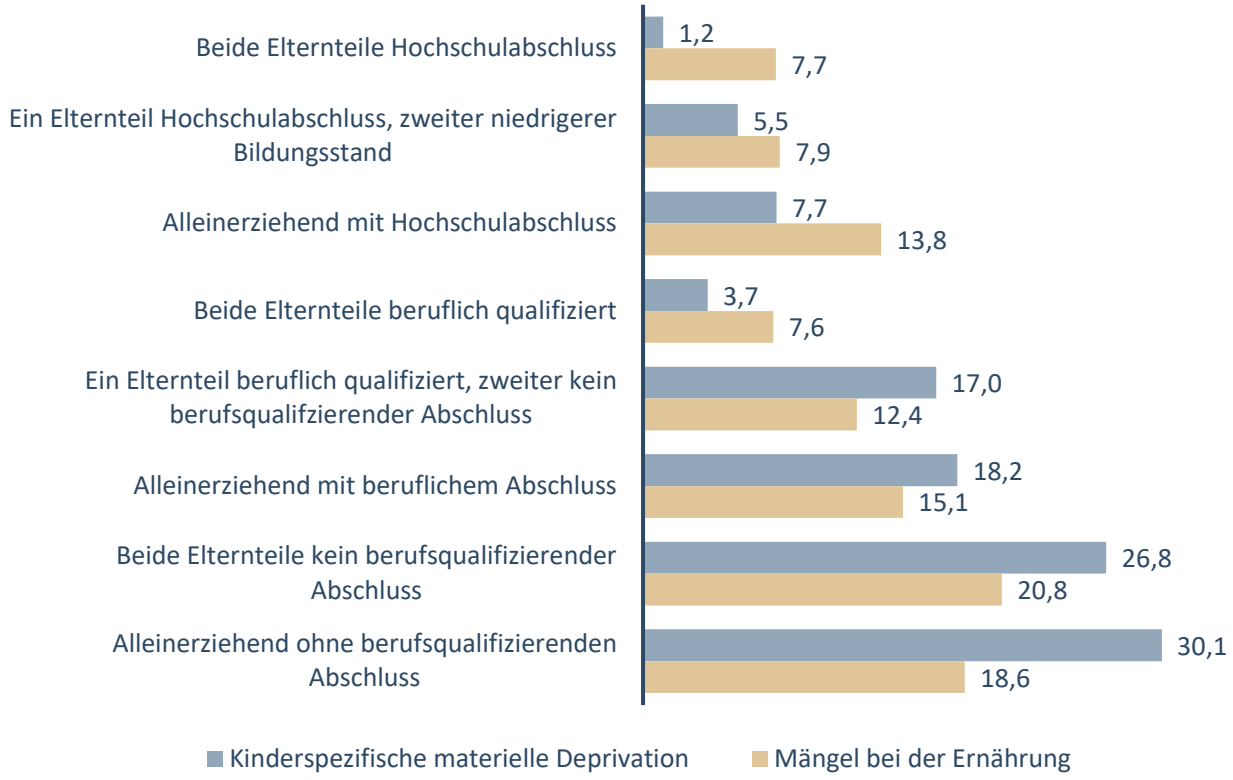
Ergänzend hierzu wurde ausgewertet, wie häufig die verschiedenen Einzelitems zur kinderspezifischen materiellen Deprivation von Familien mit weiteren Risikofaktoren genannt wurden. Die entsprechenden Werte finden sich in den Tabellen A-1 und A-2 im Appendix. Obschon sich die Niveaus deutlich unterscheiden, sind die Relationen zwischen den einzelnen Items relativ ähnlich. So lässt sich sagen, dass die kinderspezifische Deprivation grundsätzlich mehr oder minder dasselbe misst, was nicht der Fall wäre, wenn je nach Teilgruppe unterschiedliche Bereiche herausstechen würden. Dann wäre es auch noch kritischer, dass einige Items im Hinblick auf die tatsächliche Deprivation der Kinder und Jugendlichen nicht vollkommen treffsicher sind.

Wechselt man die Blickrichtung, finden sich in den bildungsnahen Milieus kaum materiell deprivierte Kinder. So waren im Jahr 2021 nur 1,2 Prozent der unter 16-Jährigen, die mit zwei Elternteilen mit Hochschulabschluss in einem Haushalt lebten, betroffen, wohingegen dies auf 26,8 Prozent der Kinder im selben Alter mit zwei Elternteilen ohne berufsqualifizierenden Abschluss zutraf (Abbildung 3-4). Kinderspezifische materielle Deprivation tritt also nur sehr selten dort auf, wo Kinder und Jugendlichen ansonsten ein besonders günstiges Entwicklungsumfeld für ihren Bildungsweg vorfinden. Vielmehr dürfte sie sehr häufig mit anderen Belastungen für die Entwicklungs- und Teilhabechancen zusammentreffen, die sich teilweise nur sehr schwer empirisch fassen lassen. Dies gilt insbesondere auch für psychische Probleme der Eltern und Konflikte in der Familie.

Ein wichtiges, im Index zur kinderspezifischen materiellen Deprivation der EU nicht berücksichtigtes Thema (siehe Abschnitt 2), ist die Ausstattung der Familien mit Wohnraum. Einerseits benötigen Kinder für eine gute Entwicklung Orte, an denen sie sich ausleben, toben und laut sein können, andererseits aber auch solche, wo sie sich zurückziehen und in Ruhe einer stillen Beschäftigung, wie dem Erledigen der Hausaufgaben, nachgehen können (Geis-Thöne, 2020). Letzteres gilt auch für die Schlafphasen, die insbesondere von jüngeren Geschwistern im Säuglingsalter erheblich gestört werden können. Zudem benötigen Jugendliche ein Mindestmaß an Privatsphäre. Im Jahr 2021 lebten 28,9 Prozent der unter 16-Jährigen in Deutschland in Haushalten mit weniger Zimmern als Personen, was einen ersten Hinweis auf eine derartige Problemlage liefern kann. Bei den materiell deprivierten waren es 54,7 Prozent und bei den nicht deprivierten 23,3 Prozent. Noch höher war der Anteil mit 61,5 Prozent bei den Kindern aus bildungsfernen Familien (FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, DOI: 10.21242/12211.2021.00.00.1.1.2; eigene Berechnungen).

Abbildung 3-4: Deprivation der Kinder nach Bildungsstand der Eltern

Anteile der Kinder unter 16 Jahren in Prozent, Stand: 2021



Lesehilfe: 1,2 Prozent der unter 16-Jährigen, die im Jahr 2021 mit zwei Elternteilen mit Hochschulabschluss in einem Haushalt lebten, waren von kinderspezifischer materieller Deprivation betroffen.

Quellen: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, DOI: 10.21242/12211.2021.00.00.1.1.2; eigene Berechnungen

Eine andere Form der Deprivation von Kindern ist, wenn sie keinen Zugang zu bildungsbezogenen Aktivitäten, wie dem Vorlesen von Büchern, haben. Dies ist für eine gute schulische Entwicklung von großer Bedeutung (Geis-Thöne, 2019). Im Jahr 2023 lasen den Angaben der DJI-Survey Aufwachsen in Deutschland: Alltagswelten (AID:A) zufolge 15 Prozent der Eltern ihren Kindern bis sechs Jahren nicht täglich oder mehrmals pro Woche vor. Mit 30 Prozent doppelt so hoch war der Anteil bei den Eltern mit niedrigem Bildungsstand (UNICEF, 2025). Dies zeigt, dass ein starker Zusammenhang mit dem Bildungshintergrund besteht, man aber gleichzeitig aus der Bildungsferne von Kindern auch nicht zwangsläufig auf eine Deprivation bei bildungsbezogenen Aktivitäten schließen kann. So wäre – wie bei der (kinderspezifischen) materiellen Deprivation, die in keinem vollkommen deterministischen Zusammenhang mit dem niedrigen Einkommen steht – auch zur Deprivation bei den bildungsbezogenen Aktivitäten ein Indikator auf Basis der spezifischen Zugänge wünschenswert. Dasselbe gilt auch für den Zugang zu teilhaberelevanten Aktivitäten, die nicht vorrangig bildungsbezogen sind, wie die Mitgliedschaft der Kinder und Jugendlichen in Vereinen. Allerdings ist dabei zu beachten, dass es ein Aspekt der materiellen Deprivation ist, wenn dieser aus (vorwiegend) finanziellen Gründen eingeschränkt ist.

Eng verbunden mit dem Bereich der Teilhabe ist die Entwicklung der sozialen Beziehungen der Kinder und Jugendlichen. Haben sie keine Freunde, mit denen sie ihre Freizeit gemeinsam gestalten und über ihre Probleme sprechen können, fehlt ihnen ein wesentlicher Teil der für eine gute Entwicklung notwendigen

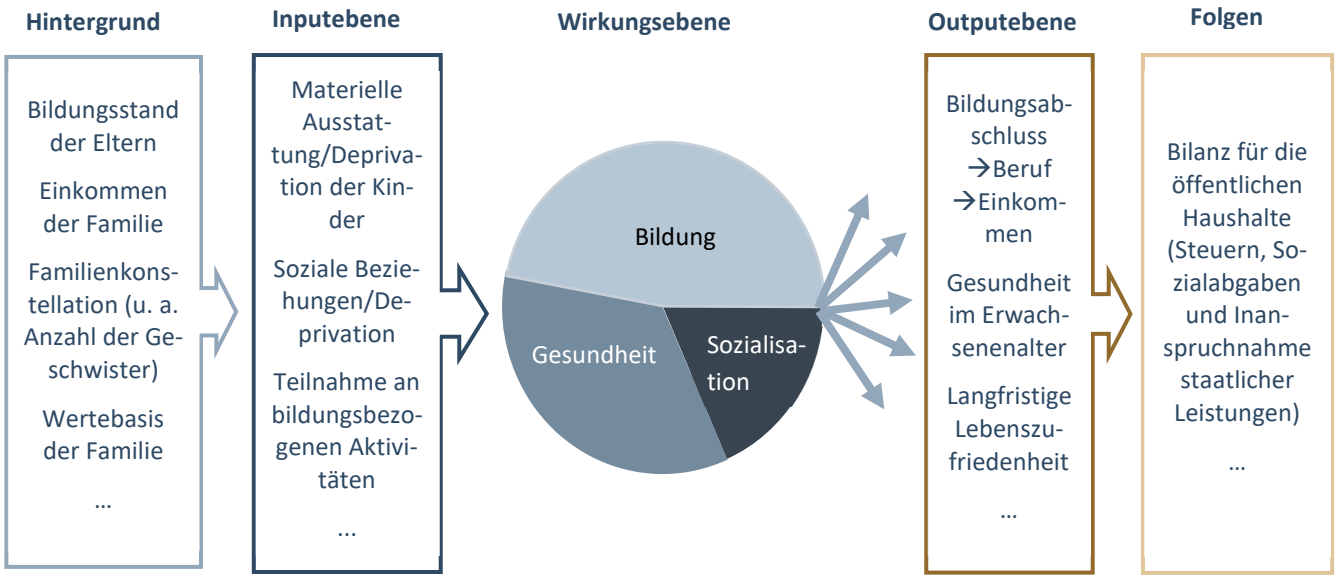
Rahmenbedingungen für das Aufwachsen. Dabei litten dem Präventionsradar der DAK zufolge 33 Prozent der 9- bis 17-jährigen Schülerinnen und Schüler an Einsamkeit, und bei den Kindern und Jugendlichen aus Familien mit niedrigem sozialem Status waren es sogar 49 Prozent (Hansen et al., 2025). Mobbing erlebten derselben Erhebung zufolge 14 Prozent aller und 21 Prozent der Kinder und Jugendlichen mit niedrigem sozialem Status in den Schulen. Allerdings ist dies je nach konkreter Ausgangslage etwas unterschiedlich einzuordnen. Haben Kinder und Jugendliche keine Freunde und werden darüber hinaus auch noch von den Gleichaltrigen in ihrem sozialen Umfeld gezielt angegriffen, geärgert oder ausgegrenzt, bedeutet dies die schlimmstmögliche Verschärfung der sozialen Deprivation durch das Fehlen von Freunden. Geht das Mobbing hingegen nur von einzelnen Mitschülerinnen und Mitschülern aus, während die Betroffenen an der Schule auch gute Freunde haben, ist es nicht unbedingt als Deprivation zu werten, obwohl es für die Entwicklung der Kinder und Jugendlichen auch in diesem Fall hochproblematisch sein kann. Neben dem Kontakt zu den Gleichaltrigen sind für die soziale Deprivation von Kindern und Jugendlichen auch die Beziehungen zu den Erwachsenen in ihrem Umfeld, wie insbesondere den Eltern, von großer Bedeutung. Problematisch ist es, wenn diese sehr konfliktgeladen sind. Günstig ist es hingegen, wenn das Verhältnis so vertrauensvoll ist, dass sich die Kinder auch in der Jugend noch bei Problemen vorbehaltlos an ihre Eltern wenden (können).

Wie bei den sozialen Beziehungen können die Kinder und Jugendlichen auch bei den weiteren Rahmenbedingungen für eine gesunde Entwicklung depriviert werden. Zu diesen zählt insbesondere die Inanspruchnahme der medizinischen Vorsorge, die Heranführung zu einem gesundheitsbewussten Verhalten (insbesondere im Bereich Ernährung, aber etwa auch bei der Zahnhygiene) sowie die Förderung eines ausreichenden Bewegungsverhaltens der Kinder und Jugendlichen, auch außerhalb der für die Teilhabechancen relevanten Mitgliedschaften in Sportvereinen. Hingegen sollten die resultierenden Nachteile bei der gesundheitlichen Entwicklung selbst grundsätzlich nicht als Aspekte, sondern als Folgen der Deprivation eingestuft werden. So sollten beispielsweise bei Kindern mit schwerem Übergewicht vorwiegend die ursächlichen ungünstigen Ernährungs- und Bewegungsmuster thematisiert werden.

4 Auswirkungen der Deprivation von Kindern und Jugendlichen

Um bei einer Betrachtung der Auswirkungen der Deprivation von Kindern und Jugendlichen Fehldeutungen zu vermeiden, ist es hilfreich, zunächst mithilfe eines konzeptionellen Wirkungsmodells die möglichen Wirkungszusammenhänge zu eruieren. Im Kern sollte dabei die tatsächliche Wirkungsebene stehen, die die aus der Deprivation unmittelbar resultierenden Veränderungen bei den Kindern und Jugendlichen beschreibt. Diese kann Geis-Thöne/Plünnecke (2024) folgend in die drei Wirkungsfelder der Bildung, Gesundheit und Sozialisation unterteilt werden. Bildung steht hier für den Prozess des Erwerbs von Kompetenzen und Gesundheit für die Entwicklung der physischen und psychischen Leistungsfähigkeit in Kindheit und Jugend, die nicht unbedingt mit einer möglichst weitgehenden Abwesenheit von Krankheiten gleichzusetzen ist. Unter Sozialisation fallen sämtliche weder der Bildung noch der Gesundheit zurechenbaren Aspekte der Ausprägung der Verhaltensmuster junger Menschen, etwa im Hinblick Pünktlichkeit und Höflichkeit, aber auch destruktives Handeln, sowie die Entwicklung ihrer sozialen Netzwerke.

Abbildung 4-1: Schematische Darstellung eines Wirkungsmodells zur Deprivation in Kindheit und Jugend



Quelle: Eigene Darstellung

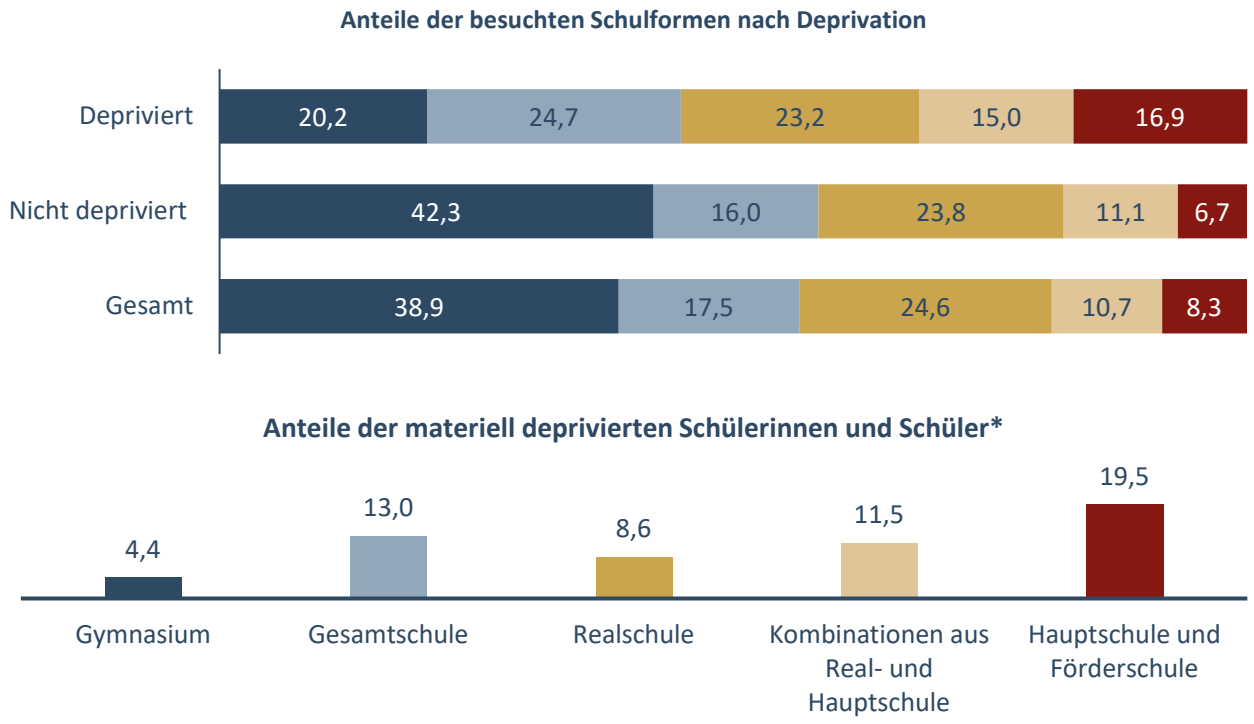
Bei den Einflussgrößen sollte man hier unbedingt zwischen der tatsächlichen Inputebene, der die materielle und soziale Deprivation der Kinder und Jugendlichen zuzurechnen ist, und den Hintergrundfaktoren, wie dem Bildungsstand, differenzieren. Dies ist wichtig, da keine Eins-zu-Eins-Beziehungen, sondern komplexe Wirkungszusammenhänge zwischen den Hintergrundfaktoren und den Inputs bestehen. Bei den Outcomes kann man ebenfalls, wie in Abbildung 4-1, zwischen einer Output- und einer Folgenebene, der insbesondere die in Abschnitt 5 betrachteten, fiskalischen Effekte zuzurechnen wären, differenzieren. Gleichzeitig ließe sich die Outputebene auch noch weiter unterteilen. So liegt etwa der letztlich erworbene Bildungsabschluss in der Wirkungskette vor der Positionierung im Beruf und diese wiederum vor der Höhe des Einkommens.

Verwendet man EU-SILC als Datengrundlage lässt sich die kinderspezifische materielle Deprivation nur mit einem Aspekt der Wirkungsebene in Beziehung setzen (andere größer angelegte Erhebungen bieten hier auch keine wesentlich weiterreichenden Möglichkeiten). Das ist die besuchte Schulform in der Sekundarstufe I, die die weiteren Bildungswege maßgeblich beeinflusst. Während nur 20,2 Prozent der von materieller

Deprivation betroffenen Schülerinnen und Schüler unter 16 Jahren in der Sekundarstufe I (ohne Orientierungsstufe) im Jahr 2021 ein Gymnasium besuchten, war der entsprechende Anteil bei den nicht Deprivierten mit 42,3 Prozent mehr als doppelt so hoch. Hingegen besuchten mit 16,9 Prozent gegenüber 6,7 Prozent weit mehr materiell deprivierte Schülerinnen und Schüler eine Haupt- oder Förderschule (Abbildung 4-2). Allerdings ist dieser Wert nur sehr beschränkt aussagekräftig, da die Hauptschulen nur in einem kleinen Teil der Bundesländer noch als eigenständige Schulformen existieren. Die drei Stadtstaaten, das Saarland und Schleswig-Holstein sind inzwischen zu einem zweigliedrigen Schulsystem mit Gymnasien und Gesamtschule übergegangen, sodass die leistungsschwächeren Schülerinnen und Schüler dort in den Gesamtschulen zu finden sind (Geis-Thöne, 2025).

Abbildung 4-2: Schulbesuch in der Sekundarstufe I nach kinderspezifischer materieller Deprivation

Personen unter 16 Jahren in der Sekundarstufe I ohne Orientierungsstufe, Anteile in Prozent, Stand: 2021



* An allen Schülerinnen und Schülern der Schulform
Quellen: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, DOI: 10.21242/12211.2021.00.00.1.1.2; eigene Berechnungen

Die vorliegenden Daten erlauben keine Aussage dazu, inwieweit die materielle Deprivation für das wesentlich ungünstigere Muster beim Schulbesuch in der Sekundarstufe I tatsächlich ursächlich ist. Dazu müsste man prüfen, wie stark dieser Zusammenhang auf eine Korrelation der materiellen Deprivation mit anderen Einflussfaktoren zurückgeht, wobei man die oben skizzierten unterschiedlichen Wirkungsebenen unbedingt im Blick behalten müsste. So wäre es nicht zielführend, die materielle Deprivation und den Bildungshintergrund der Eltern in einer einfachen multivariaten Analyse als gleichrangige Einflussgrößen zu betrachten; vielmehr müsste man den Wirkungszusammenhang zwischen Bildungshintergrund und materieller Deprivation berücksichtigen, was einen wesentlich komplexeren Untersuchungsansatz notwendig machen würde. Insbesondere auch vor diesem Hintergrund sind tatsächlich aussagekräftige kausalanalytische Aussagen mit den beschränkten Angaben in den vorliegenden Daten nicht möglich.

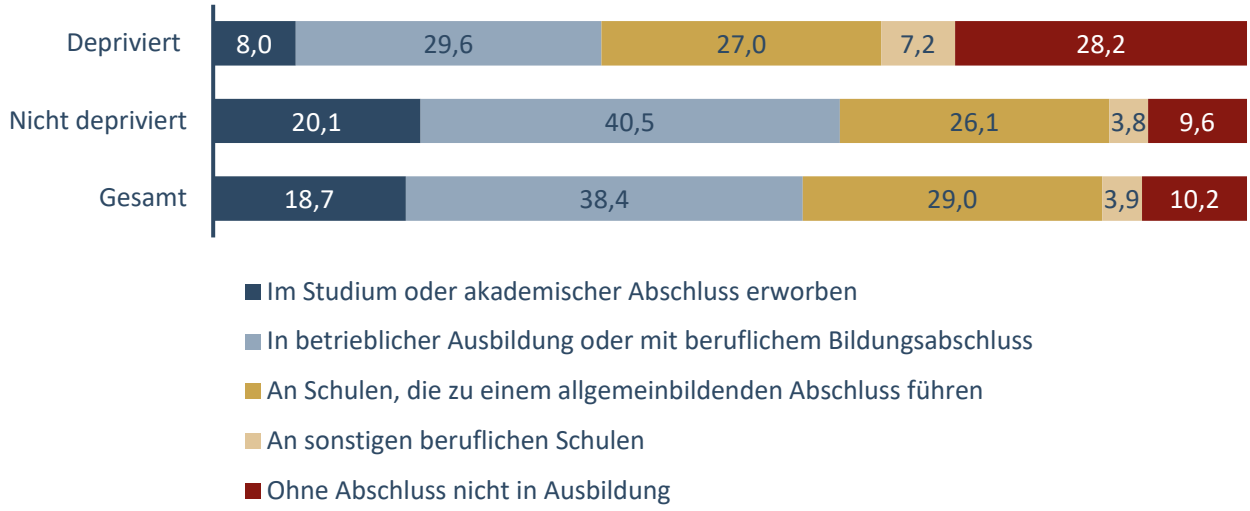
Eine Langzeitstudie von AWO und ISS (Heinrich/Wolf, 2022) deutet darauf hin, dass sich Armutsbetroffenheit in Kindheit und Jugend häufig im jungen Erwachsenenalter fortsetzt. So kann es hier einen Mehrwert bieten, auch die Zusammenhänge zwischen der materiellen und sozialen Deprivation von Heranwachsenden zwischen 16 und 24 Jahren und verschiedenen Aspekten der Wirkungsebene in den Blick zu nehmen, die mit den EU-SILC-Daten wesentlich besser untersucht werden können. Allerdings dürfen dabei keine erst im späteren Verlauf der Bildungslaufbahn zugewanderten Heranwachsenden mit in den Blick genommen werden, da deren bisherige Entwicklung unter völlig anderen Rahmenbedingungen verlaufen ist und sie dementsprechend von sehr spezifischen Problemen, wie im Kontext von Flucht unterbrochenen Bildungswegen, betroffen sein können. Auch wenn man die Betrachtung, wie im Folgenden, auf in Deutschland geborene Heranwachsende beschränkt, ist bei der Interpretation der Ergebnisse große Vorsicht geboten. Ein wichtiger Punkt ist, dass es vom konkreten Bildungsweg abhängt, wie lange die jungen Menschen ihre Ausgaben aus den finanziellen Ressourcen der Familien bestreiten. Durchlaufen sie eine betriebliche Ausbildung, erhalten sie bereits ab deren Beginn eine Vergütung, die ihnen ein eigenständiges Wirtschaften ermöglicht.

Betrachtet man zunächst im Wirkungsbereich Bildung die Bildungswege der Heranwachsenden, befanden sich im Jahr 2022 nur 8,0 Prozent der materiell deprivierten aber 20,1 Prozent der nicht deprivierten in einer akademischen Ausbildung oder hatten diese bereits abschlossen (Abbildung 4-3). Behält man im Blick, dass der Besuch eines Gymnasiums häufiger auch in eine berufliche Ausbildung einmündet, erscheint dieser Abstand mit der Differenz beim Besuch eines Gymnasiums zwischen den deprivierten und nicht deprivierten Kindern und Jugendlichen in der Sekundarstufe I konsistent, sodass er der bei der Abschätzung der langfristigen fiskalischen Bedeutung der Deprivation auch als Näherung für die Unterschiede bei den akademischen Bildungswegen angesetzt werden kann. Bei den Bildungswegen ohne berufsqualifizierenden Abschluss ist dies schwieriger, da die besonders gefährdeten leistungsschwachen Kinder und Jugendlichen je nach Bundesland typischerweise unterschiedliche Schulen besuchen. Im Alter zwischen 16 und 24 Jahren besteht hier teilweise bereits der umgekehrte Zusammenhang, dass der fehlende berufsqualifizierende Abschluss zu einem niedrigen Einkommen führt und vor diesem Hintergrund materielle (und soziale) Deprivation droht. Dennoch erscheint der Unterschied zwischen 28,2 Prozent bei den deprivierten und 9,6 Prozent bei den nicht deprivierten für die folgenden Berechnungen der fiskalischen Auswirkungen als Näherung plausibel.

Im Wirkungsbereich Gesundheit lässt sich feststellen, dass materiell deprivierte Heranwachsende mit einem Anteil von 72 Prozent im Jahr 2022 deutlich häufiger eine ungünstige Situation aufweisen als nicht Deprivierte mit 43 Prozent (Abbildung 4-4). Festgemacht wird das daran, dass sie entweder täglich Tabak oder alkoholische Getränke konsumieren, nicht mindestens viermal in der Woche Gemüse, Obst, oder Salat essen oder nicht zumindest einmal in der Woche für mindestens zehn Minuten Sport oder andere körperliche Aktivitäten betreiben, sofern sie keinen körperlich anstrengenden Beruf ausüben. Betrachtet man nur den täglichen Konsum von Tabakwaren, der in Deutschland vor dem Hintergrund einer hohen Lenkungssteuer sehr teuer ist, findet sich diese bei 29 Prozent der materiell deprivierten und nur 15 Prozent der nicht deprivierten Heranwachsenden. Dies weist eindeutig darauf hin, dass die grundlegenden Probleme nicht allein finanzieller Natur sein können. Damit lassen sie sich wiederum auch nicht allein mit höheren staatlichen Transferleistungen lösen, sondern erfordern eine umfassendere kompensatorische Unterstützung der von Deprivation betroffenen jungen Menschen. Erhebliche gesundheitliche Einschränkungen haben im Alter von 16 bis 24 Jahren bereits 31 Prozent der materiell deprivierten, aber nur 8 Prozent der nicht deprivierten Heranwachsenden. Dabei dürften sich die Unterschiede in diesem Bereich erst in späteren Lebensphasen vollständig ausprägen.

Abbildung 4-3: Bildungswege von Heranwachsenden nach materieller (und sozialer) Deprivation

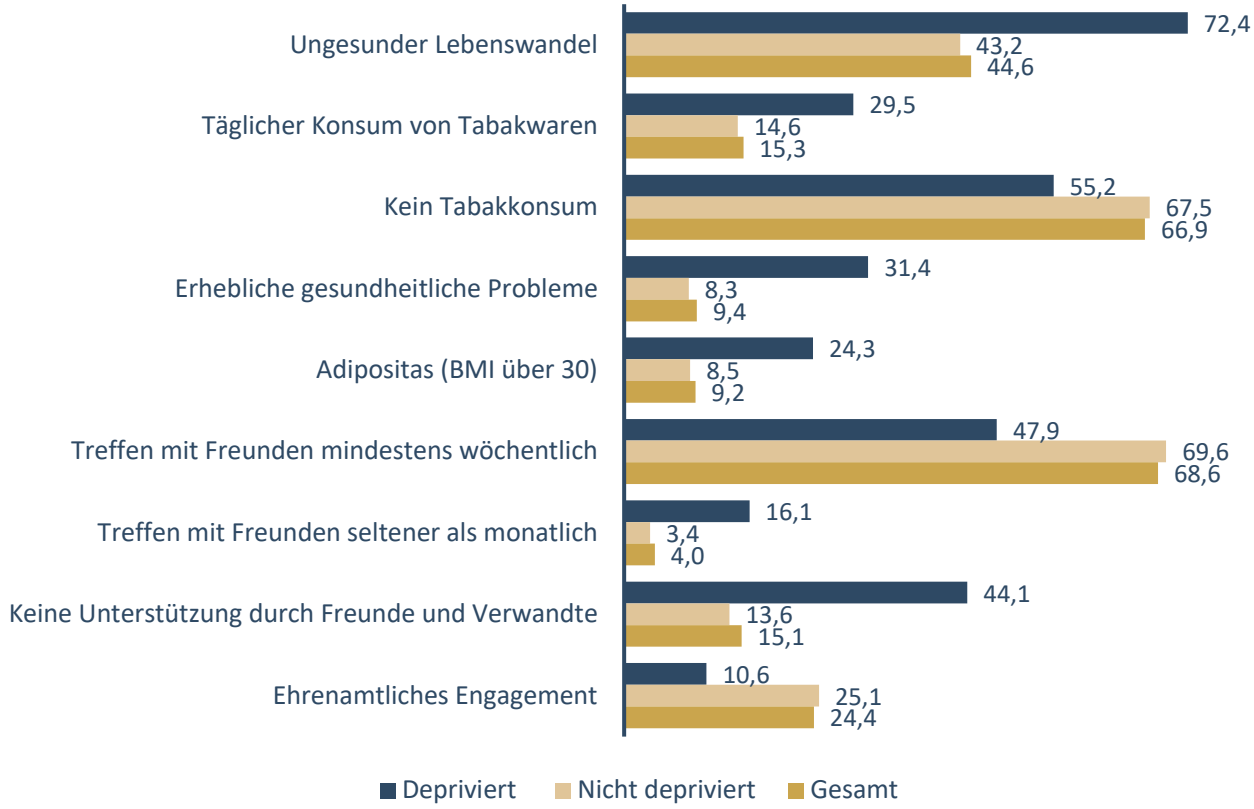
Personen im Alter zwischen 16 und 24 Jahren, Anteile in Prozent; Stand: 2022



Quellen: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, DOI: 10.21242/12211.2022.00.00.1.1.1; eigene Berechnungen

Abbildung 4-4: Aspekte von Gesundheit und Sozialisation von Heranwachsenden nach Deprivation

Personen im Alter zwischen 16 und 24 Jahren, Stand: 2022



Quellen: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, DOI: 10.21242/12211.2022.00.00.1.1.1; eigene Berechnungen

Im Wirkungsbereich Sozialisation lässt sich die Häufigkeit von Treffen mit Freunden für die Heranwachsenden mit den EU-SILC-Daten beobachten. Bei 16 Prozent der materiell deprivierten unter 16- bis 24-Jährigen war dies im Jahr 2022 weniger als einmal im Monat der Fall, was stark darauf hindeutet, dass zumindest im näheren räumlichen Umfeld gar keine engeren Freunde vorhanden sind. Hingegen lag der entsprechende Anteil bei den nicht Deprivierten nur bei 3 Prozent. Auch hatten 44 Prozent der materiell deprivierten Personen in diesem Alter niemanden, den sie um Hilfe bitten können, weder in finanziellen noch in anderen Bereichen, wohingegen dies nur auf 14 Prozent der nicht Deprivierten zutraf. Damit lässt sich feststellen, dass sich auch bei der Sozialisation für die materiell deprivierten jungen Menschen gravierende Nachteile abzeichnen. Allerdings müsste die Sozialisation noch besser konzeptionell gefasst und mit Indikatoren hinterlegt werden, um abschätzen zu können, wie groß diese sein könnten.

Für die soziale Deprivation ist eine Betrachtung der Zusammenhänge mit den drei Wirkungsbereichen mit den vorliegenden Daten nicht möglich. So lassen sich im Folgenden auch keine Aussagen zu ihrer langfristigen fiskalischen Bedeutung treffen. Daraus sollte jedoch keinesfalls geschlossen werden, dass diese klein oder zumindest kleiner als bei der materiellen Deprivation sind. Grundsätzlich gilt, dass sich die Stärke eines Effekts nicht unbedingt in seiner empirischen Messbarkeit widerspiegelt.

5 Fiskalische Effekte der Lebenslagen deprivierter Kinder

Erleben Kinder und Jugendliche eine ungünstige Entwicklung in den Bereichen Bildung, Gesundheit und Sozialisation, kann das langfristig einen sehr negativen Effekt für die öffentlichen Haushalte haben. Einerseits tragen die betroffenen jungen Menschen im Erwachsenenalter, wenn sie ein niedrigeres Einkommen erzielen, mit ihren Steuern und Sozialabgaben deutlich weniger zu ihrer Finanzierung bei und andererseits benötigen sie gegebenenfalls mehr mit Kosten verbundene staatliche Unterstützung. Gleichzeitig gilt allerdings auch, dass aus geringeren Einzahlungen in die Sozialversicherung ein niedrigeres Leistungsniveau bei den gesetzlichen Renten und dem Arbeitslosengeld I resultiert. Daher muss man alle Zahlungsströme im Lebenslauf in den Blick nehmen, um die langfristigen negativen fiskalischen Effekte der Deprivation von Kindern und Jugendlichen, wie auch die potenziellen Renditen gezielter Gegenmaßnahmen für den Staat abschätzen zu können. Letzteres ist wichtig, um aufzuzeigen, dass die Unterstützung der von Deprivation betroffenen Kinder und Jugendlichen für den Staat zwar kurzfristig zu Mehrausgaben führt, langfristig aber auch aus ökonomischer Sicht eine lohnende Investition darstellt.

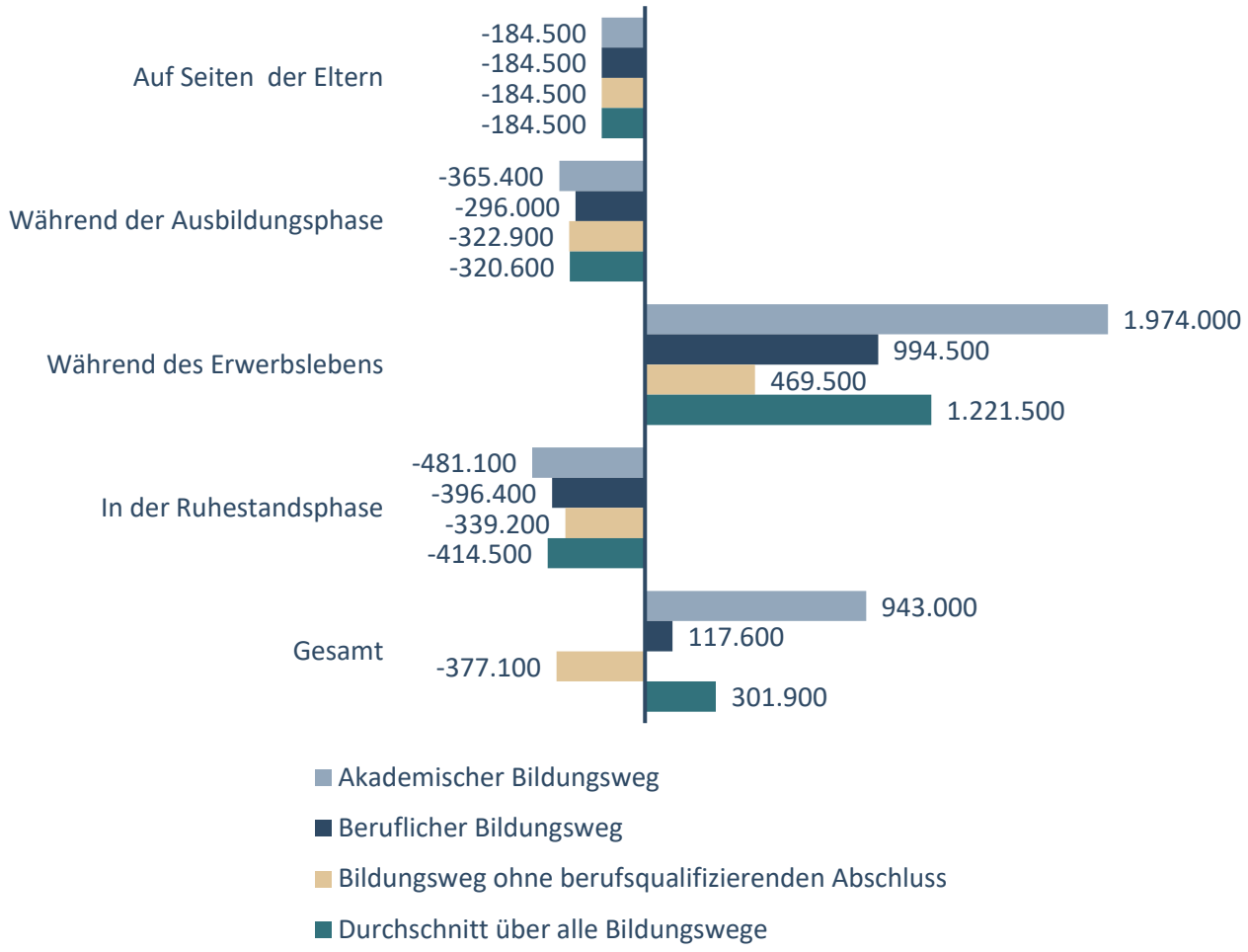
In einem dieses Gutachten ergänzenden IW-Report (Geis-Thöne, 2026) wurden nach Bildungswegen differenzierte langfristige Fiskalbilanzen von in Deutschland geborenen und aufgewachsenen Kindern ermittelt. Dazu wurden zunächst die typischen Lebensläufe spezifiziert und im zweiten Schritt mit den jeweils auftretenden Zahlungsströmen zwischen den Personen und den öffentlichen Haushalten hinterlegt. Während des Bildungswegs fallen dabei für den Staat Ausgaben für die Bildungs- und Betreuungseinrichtungen sowie das Kindergeld und die beitragsfreie Mitversicherung in der gesetzlichen Kranken- und sozialen Pflegeversicherung an. Im späteren Leben hängt es stark von den Erwerbs- und Einkommensverläufen der jungen Menschen ab, wie hoch die Steuerzahlungen und Beiträge zur Sozialversicherung sind. Um diese möglichst treffsicher spezifizieren zu können, wurde eine eigene Auswertung des Mikrozensus 2022 vorgenommen. An einigen Stellen ließen sich aus den verfügbaren Daten keine gut fundierten Annahmen ableiten, sodass mit vereinfachenden Setzungen gearbeitet werden musste, insbesondere gilt das für die Konsumsteuer, für die ein pauschaler Satz von 17 Prozent angenommen wurde, ohne nach Umsatzsteuer und weiteren Steuerarten, wie der Energiesteuer, zu differenzieren. Auch wurden aus pragmatischen Gründen vom Volumen her nachrangige Zahlungsströme, wie die Leistungen der gesetzlichen Unfallversicherung, außer Acht gelassen.

Um die Ergebnisse auch im Diskurs über die Verteilungsgerechtigkeit zwischen Familien und Kinderlosen nutzen zu können und mit der bestehenden Literatur anschlussfähig zu sein, wurden die negativen fiskalischen Effekte aufseiten der Eltern mitberücksichtigt. Dazu wurde ermittelt, wie sich Lage eines durchschnittlichen Paares mit zwei Kindern und sonst gleichen Bedingungen von der Situation eines kinderlosen Paares unterscheidet und der daraus resultierende fiskalische Effekt jeweils hälftig den Kindern zugeordnet. Wie diese Vergleichspunkte konkret gewählt werden, hat einen starken Einfluss auf die Ergebnisse, da die Geburten der ersten Kinder die Erwerbs- und Einkommensverläufe der Mütter sehr viel stärker verändern als die Übergänge zu zweiten, dritten und weiteren Kindern. Auch hat der sozio-kulturelle Hintergrund der Frauen einen Einfluss darauf, wie stark sich ihre Biografien durch die Geburt eines ersten und weiterer Kinder tatsächlich verändern. Würde man die positiven Effekte von Unterstützungsangeboten für Familien auf Seiten der Eltern mitbetrachten, müsste man hier stärker differenzieren. Da im vorliegenden Gutachten jedoch nur die Kinder im Fokus stehen, kann man davon ausgehen, dass sich die fiskalischen Effekte aufseiten der Eltern zwischen den verschiedenen Bildungswegen nicht unterscheiden, womit sie bei einem Vergleich zwischen diesen letztlich auch vollkommen außer Acht gelassen werden können.

Ein durchschnittliches Kind trägt im Lauf seines Lebens 301.900 Euro mehr zu Finanzierungen der öffentlichen Haushalte bei, als dem Staat für ihn Ausgaben und Mindereinnahmen aufseiten der Eltern entstehen (Abbildung 5-1); bei einer Familie mit zwei Kindern sind es insgesamt 603.800 Euro. Allerdings ist hierbei noch nicht berücksichtigt, dass bei mehr Einwohnern auch ein höherer Bedarf an staatlichen Leistungen entsteht, die nicht unmittelbar personenbezogen sind, wie das etwa bei der Verkehrsinfrastruktur der Fall ist. Nimmt man dies mit in den Blick, verringert sich der fiskalische Beitrag eines Kindes auf 83.100 Euro. Damit wird der tatsächliche Effekt jedoch deutlich unterschätzt, da die Kinder auch positive indirekte Effekte auf die Einnahmen des Staates haben. Etwa generieren sie mit ihrer Arbeits- und Innovationskraft langfristig die Gewinne der Unternehmen und haben damit einen entscheidenden Einfluss darauf, welche Einnahmen der Staat über die Besteuerung der Unternehmen erzielen kann. So entscheidend die Kinder auch langfristig für den Erhalt der Leistungsfähigkeit von Wirtschaft und Staat in Deutschland sind, entstehen durch sie doch zunächst bis zum Ende ihrer Bildungswege in substanziellem Maß Mehrausgaben für die öffentliche Hand. Daher ist auch politischer Weitblick notwendig, um zu verinnerlichen, dass die Schaffung guter Bedingungen für das Aufwachsen der Kinder aus ökonomischer Sicht eine lohnende Investition in die Zukunft darstellt.

Abbildung 5-1: Fiskalische Gesamtbilanzen von Kindern nach Bildungswegen und Lebensphasen

Werte in Euro in Preisen des Jahres 2025



Quelle: Geis-Thöne, 2026

Differenziert man nach Bildungswegen, liegt die Fiskalbilanz bei Erreichen eines akademischen Abschlusses mit 943.000 Euro um 825.400 Euro höher als bei Erreichen eines beruflichen Abschlusses mit 117.600 Euro. Bei einem Bildungsweg ohne berufsqualifizierenden Abschluss ist die langfristige Fiskalbilanz mit einem Minus von 377.100 Euro negativ. Der Abstand zum beruflichen Bildungsweg beträgt 494.700 Euro. Im dem ergänzenden IW-Report wurde beim beruflichen Bildungsweg noch weiter zwischen dem Erreichen eines (einfachen) Ausbildungsabschluss und dem Abschluss mit einer Aufstiegsfortbildung zum Meister, Techniker oder ähnlichem differenziert. Für die erste Alternative ergab sich eine fiskalische Gesamtbilanz von 44.200 Euro (bei der zweiten waren es 531.200 Euro). Wählt man diesen Wert als Referenzpunkt, kostet es den Staat langfristig 421.300 Euro, wenn ein junger Mensch keinen berufsqualifizierenden Abschluss erreicht. Damit rechnen sich auch vergleichsweise teure Maßnahmen zur Vermeidung von Bildungsarmut sehr stark, sofern sie tatsächlich effektiv wirken. Gleichzeitig stellt die Deprivation von Kindern bei den Zugängen zu bildungsbezogenen Aktivitäten für den Staat langfristig nicht nur ein soziales, sondern auch ein ökonomisches Problem dar.

Dabei könnte der negative langfristige fiskalische Effekt eines Bildungsabbruchs in den nächsten Jahren sogar noch deutlich größer werden. Mit dem Übergang der geburtenstarken Jahrgänge der Babyboomer in den Ruhestand, verlassen sehr viele beruflich qualifizierten Fachkräfte den Arbeitsmarkt, sodass bei den entsprechenden Positionen besonders starke Engpässe entstehen, was zu einem steigenden Lohnniveau führen dürfte (Geis-Thöne, 2021). Bei den Fachkräften mit Hochschulabschluss ist das vor dem Hintergrund der starken Akademisierung der letzten Jahrzehnte sehr viel weniger der Fall, sodass die Schere zwischen dem akademischen und beruflichen Bildungsweg deutlich kleiner werden könnte. Dazu trägt auch bei, dass die Frauen mit beruflichem Abschluss nach der Geburt ihrer Kinder zunehmend früher und mit höherer Stundenzahl an den Arbeitsmarkt zurückkehren. Vor diesem Hintergrund sollte aus dem großen Abstand zwischen den fiskalischen Gesamteffekten von akademischem und beruflichem Bildungsweg auch nicht abgeleitet werden, dass insgesamt noch mehr junge Menschen eine hochschulische Ausbildung durchlaufen sollten. Jedoch lässt sich feststellen, dass sämtliche Formen der Deprivation, die die Bildungslaufbahn von Kindern und Jugendlichen hemmen, die öffentlichen Finanzen langfristig belasten können, auch wenn sie nicht zu einem vollständigen Bildungsabbruch führen.

Für die gesundheitliche Entwicklung gilt ähnliches, wie für die Bildungslaufbahn der jungen Menschen, obschon sich die Wirkungszusammenhänge wesentlich weniger gut abschätzen lassen. Um dies aufzuzeigen, wurden die fiskalischen Effekte eines ungesunden Lebenswandels – abgegrenzt wie im vorangegangenen Abschnitt als täglicher Konsum von Tabak oder Alkohol, kein regelmäßiger Konsum von Obst und Gemüse oder keine regelmäßigen sportlichen Aktivitäten ermittelt. Allerdings konnten dabei wesentliche Wirkungszusammenhänge nicht berücksichtigt werden, da es mit den verfügbaren Daten nicht möglich war, zu ihnen fundierte Annahmen zu treffen. Dies gilt beispielsweise dafür, dass durch das Rauchen ein Lungenschaden entstehen kann, der die Erwerbsmöglichkeiten weiterhin einschränkt, auch wenn die Person inzwischen mit dem Rauchen aufgehört hat und einen gesunden Lebenswandel führt. So ist der ermittelte Fiskalbeitrag auch als Untergrenze zu werten. Bei einem durchschnittlichen Bildungsweg liegt dieser bei einem Plus von 130.900 Euro für einen gesunden gegenüber einem ungesunden Lebenswandel (Geis-Thöne, 2026). Ausgaben bis zu dieser Größenordnung würden sich für den Staat langfristig also in jedem Fall lohnen, wenn es mit ihnen gelänge, einen jungen Menschen für einen langfristig gesunden Lebenswandel zu gewinnen, der ansonsten ungesund gelebt hätte. Mögliche Verbesserungen bei den Bildungsabschlüssen der jungen Menschen durch einen gesunden Lebenswandel sind hier nicht mitberücksichtigt, sodass dieser Effekt und der Effekt eines Bildungsweges disjunkt sind und aufaddiert werden können.

Sind Kinder und Jugendliche im sozialen Bereich von Deprivation betroffen, kann sich dies nicht nur auf ihren Lebenswandel negativ auswirken, sondern auch unmittelbar das Auftreten psychischer Erkrankungen begünstigen; Konflikte in der Familie und mit Gleichaltrigen stellen hier wesentliche Risikofaktoren dar (Anger et al., 2025). Am weitesten verbreitet sind Depressionen. Für diese lassen sich mit den verfügbaren Daten die langfristigen negativen Effekte auf die Erwerbs- und Einkommensverläufe und damit auch gesamtfiskalischen Effekte ermitteln. Diese belaufen sich für ein durchschnittliches Kind auf ein Minus von 345.500 Euro. Noch nicht berücksichtigt ist hierbei, dass depressive Erkrankungen auch die Kompetenzentwicklung belasten und damit den Bildungsweg verändern können, was den negativen Effekt auf die öffentlichen Haushalte noch weiter verstärkt. Vollständig vermeiden lassen sich diese Mehrausgaben für den Staat nicht, da depressive Erkrankungen nicht nur aus ungünstigen Lebensverhältnissen von Kindern und Jugendliche resultieren, sondern ihre Ursachen teilweise auch im genetischen Bereich haben.[3] Dennoch lässt sich aus dem großen fiskalischen Effekt ableiten, dass sich staatliche Maßnahmen, die die psychische Entwicklung von Kindern und Jugendlichen effektiv stärken, langfristig sehr stark rechnen.

Aus den vorangegangenen Auswertungen lässt sich schließen, dass materiell deprivierte junge Menschen um rund 18 Prozentpunkte häufiger einen Bildungsweg ohne berufsqualifizierenden Abschluss und um 11 Prozentpunkte seltener einen Bildungsweg mit akademischem Abschluss bestreiten sowie um rund 28 Prozentpunkte häufiger einen ungesunden Lebenswandel führen (zu den depressiven Erkrankungen ist keine derartige Abschätzung möglich). Daraus ergibt sich ein negativer fiskalischer Gesamteffekt von 216.500 Euro (Tabelle 5-1). Allerdings geht dieser nicht unmittelbar auf die materielle Deprivation der Kinder und Jugendlichen zurück, sondern wird teilweise auch von anderen Inputfaktoren, wie einem unzureichenden Zugang zu bildungsbezogenen Aktivitäten, verursacht, die mit dieser lediglich korreliert sind. So würde es aller Wahrscheinlichkeit nach auch nicht ausreichen, die materielle Deprivation der Kinder und Jugendlichen durch höhere Zuschüsse an die Familien zu beheben, um diesen fiskalischen Effekt vollständig zu erreichen. Wollte man den auf diesem Weg realisierbaren Wert abschätzen, müsste man zunächst die tatsächlichen (kausalen) Wirkungseffekte der kinderspezifischen materiellen Deprivation ermitteln, was mit den verfügbaren Daten so kaum möglich ist.

Tabelle 5-1: Langfristige fiskalische Wirkungen der Lebenslagen deprivierter Kinder und Jugendlicher

Je Person in Preisen des Jahres 2025

	Häufiger Bildungsweg ohne berufsqualifizierenden Abschluss	Seltener akademischer Bildungsweg	Häufigerer ungesunder Lebenswandel
Fiskalischer Effekt	494.700	825.400	130.900
Anteilig je deprivierter Person in Prozentpunkten	18	11	28
Je deprivierter Person	89.000	90.800	36.700
Zusammen	216.500		

Quelle: Eigene Berechnungen auf Basis der vorangegangenen Tabellen und Abbildungen

[3] Dies ist nicht spezifisch für den Bereich der Gesundheit. So beeinflussen biologische Faktoren ebenso die Kompetenzentwicklung und damit letztlich auch, welchen Bildungsstand ein junger Mensch erreichen kann.

6 Handlungsmöglichkeiten für den Staat

Der Staat kann der Deprivation von Kindern auf drei Wegen entgegenwirken. Der erste ist eine finanzielle Unterstützung der Familien. Diese ist mit einem vergleichsweise geringen Verwaltungsaufwand verbunden, kann aber nur effektiv wirken, wenn finanzielle Engpässe der Familien die einzige (Haupt-)Ursache der Deprivation der Kinder sind. So können staatliche Transferleistungen etwa auch keine geeignete Ernährung der Kinder sicherstellen, wenn es den Eltern aufgrund psychischer Belastungen schwerfällt, regelmäßig ausgewogene Mahlzeiten vorzubereiten. Der zweite Weg sind direkte kompensatorische Angebote für die Kinder und Jugendlichen. Im Bereich der Ernährung wäre das beispielsweise ein von Kita und Schule bereitgestelltes Frühstück und Mittagessen. Derartige Angebote können sehr viel zielgerichteter wirken als eine (pauschale) finanzielle Unterstützung der Familien, sind aber in der Regel mit einem sehr viel höheren Verwaltungsaufwand verbunden. Der dritte Weg ist die Begleitung und Unterstützung der Eltern bei der Gestaltung des Familienlebens. Im Bereich der Ernährung der Kinder kann das etwa eine Anleitung bei der Vorbereitung der Mahlzeiten und dem Strukturieren der Tagesabläufe sein. Diese Form der Elternarbeit ist vor allem dann wichtig, wenn die grundlegenden Probleme nicht finanzieller Natur sind und die Kinder mit direkten kompensatorischen Angeboten nur schwer erreicht werden können, was insbesondere dann der Fall ist, wenn sie noch keine Kita oder Schule besuchen. Lässt sich auf diesen Wegen keine tragbare Situation für die Kinder und Jugendlichen erreichen, bleibt noch als Ultima Ratio die Möglichkeit, sie in einem Heim oder bei einer Pflegefamilie unterzubringen, wozu der Staat berechtigt und verpflichtet ist, wenn eine dringende Gefahr für das Wohl des Kindes vorliegt. Diese wäre beispielsweise eindeutig der Fall, wenn es zu Hause insgesamt deutlich zu wenig Nahrung erhält.

6.1 Finanzielle Unterstützung der Familien

Für die Sicherung des Lebensunterhalts von Familien sind in Deutschland grundsätzlich die drei Institutionen der Grundsicherung, der Sozialhilfe und der Asylbewerberleistungen zuständig. Letztere richteten sich bislang fast nur an Asylbewerber und Geduldete ohne Aufenthaltstitel, werden seit April 2025 aber auch für die soziale Sicherung von neu ankommenden Geflüchteten aus der Ukraine mit Aufenthaltstiteln nach § 24 AufenthG genutzt. In den ersten drei Jahren bedeutet dies ein deutlich eingeschränktes Leistungsniveau. Danach entsprechen die Asylbewerberleistungen weitestgehend der Sozialhilfe (§ 2 Abs. 1 AsylbLG). Grundsicherung und Sozialhilfe haben weitgehend dasselbe Sicherungsniveau, werden aber von unterschiedlichen staatlichen Stellen gewährt. Auch unterscheiden sie sich dahingehend, dass bei der Grundsicherung von den Erwachsenen erwartet wird, dass sie sich aktiv um eine Erwerbstätigkeit bemühen, wohingegen sich die Sozialhilfe an die Personen richtet, die nicht erwerbsfähig sind. Kinder und Jugendliche folgen bei der Zuordnung zu einem dieser beiden Sicherungszweige ihren Eltern. Darüber hinaus gibt es noch das Spezifikum des Kinderzuschlags. Dieser wird Familien gewährt, deren Einkommen zur Sicherung des Lebensunterhalts der Erwachsenen aber nicht aller Familienmitglieder ausreicht. Ausgezahlt wird der Kinderzuschlag von den Familienkassen, während für die Grundsicherung die Jobcenter und für die Sozialhilfe die Sozialämter zuständig sind. Ein weiterer wesentlicher Bestandteil der sozialen Sicherung für Familien ist das Wohngeld, das wiederum von einer anderen staatlichen Stelle ausgezahlt wird und sich an Haushalte richtet, die ihren Lebensunterhalt ansonsten eigenständig bestreiten können.

Diese Verteilung der Zuständigkeiten bringt substanzielle Probleme mit sich. So kann es vorkommen, dass die für den Familienzuschlag zuständigen Familienkassen die Einkommens- und Vermögenssituation anders bewerten als die Jobcenter (oder Sozialämter) und die Familien wechselseitig verwiesen werden. Auch gibt

es Familien, denen gar nicht bewusst ist, dass sie einen Anspruch auf Kinderzuschlag oder Wohngeld hätten. Vor diesem Hintergrund war in der letzten Legislaturperiode angedacht, die Leistungen für die Kinder in einer Kindergrundsicherung zusammenzufassen, wozu es letztlich nicht mehr gekommen ist. Anfang des Jahres 2026 hat die Kommission zur Sozialstaatsreform erneut einen Vorstoß in diese Richtung unternommen und vorgeschlagen, die Leistungen zu einem neuen einheitlichen Sozialleistungssystem zusammenzufassen, wobei sie die Asylbewerberleistungen nicht (explizit) miteinbezieht (BMAS, 2026). Dies hätte eine Reihe wesentlicher Vorteile. So wäre grundsätzlich nur noch eine Stelle für die Prüfung von Einkommen und Vermögen zuständig, womit sich doppelte Verfahren vermeiden ließen; allerdings wären im Hintergrund insbesondere im Hinblick auf die für die Grundsicherung relevante Integration in den Arbeitsmarkt auch weiterhin unterschiedliche Behördenstränge zuständig. Auch könnten für die Bürgerinnen und Bürger einheitliche (Erst-)Anlaufstellen geschaffen werden, die vor allem in ländlichen Gebieten deutlich wohnortnaher gestaltet werden könnten als bislang. Diese (Erst-)Anlaufstellen könnten überdies eine umfassende persönliche Beratung zu allen Sozialleistungen anbieten. Als der Kinderzuschlag in den 2000er Jahren eingeführt wurde, dachte man noch vollkommen anders und organisierte diesen gezielt getrennt von der (heutigen) Grundsicherung, um die betreffenden Familien von den anderen Transferleistungsbeziehenden abzuheben.

Zur Höhe der Leistungen macht die Kommission keine Reformvorschläge und rät lediglich die Anrechnung von Erwerbseinkommen so zu verändern, dass sich eine umfangreichere, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung stärker lohnt. Hingegen war sie in der Diskussion um die Kindergrundsicherung ein wesentliches Thema. Damals war angedacht, die Sicherung des Lebensunterhalts für die Kinder mit dem Kindergeld zu verschmelzen, sodass auch verteilungspolitische Erwägungen eine wesentliche Rolle gespielt hätten. Geht man von einer reinen Sicherung des Lebensunterhalts aus, wie sie mit Grundsicherung, Sozialhilfe und Asylbewerberleistungen vorgenommen werden, ist es sehr wichtig, dass die Bedarfe der Kinder, wie auch der Erwachsenen, mithilfe eines klar geregelten datengestützten Modells ermittelt werden, wie dies in Deutschland bereits der Fall ist (§ 28ff. SGB XII). Sonst bestünde die Gefahr, dass die Höhe der Sicherung des Lebensunterhalts bei haushaltspolitischen Verhandlungen regelmäßig zur Disposition gestellt würde, was für die Betroffenen ein sehr hohes Maß an Unsicherheit mit sich brächte. Auch muss mit der Tatsache umgegangen werden, dass es vorkommen kann, dass Eltern die staatlichen Unterstützungsleistungen nicht beantragen, obschon die Familien an sich einen Anspruch auf diese hätten; insbesondere gilt dies bisher für den Kinderzuschlag, bei dem im Jahr 2020 eine Imagekampagne die Bezugszahlen mehr als verdreifacht hat (Jackwerth-Rice, 2023). Während man von eigenständig handelnden Erwachsenen erwarten kann, dass sie die Sicherung ihres Unterhalts selbständig organisieren, trägt der Staat gegenüber den noch nicht geschäftsfähigen Kindern und Jugendlichen eine besondere Verantwortung und sollte den betroffenen Familien den Zugang zu den Leistungen insbesondere auch durch Sensibilisierungsmaßnahmen gezielt erleichtern.

Ergänzend zu den pauschalierten Zahlungen können die Familien, die Grundsicherung, Sozialhilfe, Kinderzuschlag, Wohngeld oder Asylbewerberleistungen beziehen, für ihre Kinder zusätzliche Leistungen für Bildung und Teilhabe erhalten. Dies beinhaltet die (teilweise) Übernahme der Kosten für Schulmaterialien, die Schülerbeförderung und Klassenfahrten sowie der Gebühren für die Mittagsverpflegung in Kitas und Schulen. Ebenso können Mitgliedsbeiträge für (Sport)Vereine und Ausgaben für Instrumentenunterricht übernommen werden (§ 28 SGB II). Teilweise werden die entsprechenden Gelder unmittelbar an die Träger der Angebote und teilweise an die Eltern ausgezahlt. Die Kommission zur Sozialstaatsreform bemängelt, dass der bürokratische Aufwand beim Beantragungs- und Bewilligungsprozess in vielen Fällen in keinem Verhältnis zum Umfang der Leistungen steht und fordert hier Vereinfachungen, etwa indem Belege für beantragte Leistungen nicht mehr grundsätzlich geprüft werden müssen (BMAS, 2026). Auch zeigt die Bertelsmann Stiftung auf,

dass viele der an sich anspruchsberechtigen Kinder und Jugendlichen überhaupt keine Leistungen beziehen, wobei die Lage regional unterschiedlich ist (Funcke/Menne, 2026). Ein wesentlicher Grund hierfür ist, dass es für die Eltern vielfach sehr aufwändig ist, die Leistungen zu beantragen. Sinnvoll wäre es, die Leistungen der öffentlichen Hand den Familien mit niedrigem Einkommen, soweit möglich, unmittelbar kostenfrei anzubieten, um den Kindern und Jugendlichen den Zugang zu den bildungs- und teilhabebezogenen Maßnahmen zu erleichtern, und im Hintergrund die notwendigen Umbuchungen von Mitteln vorzunehmen. Dies gilt bis zu einem gewissen Grad auch für die nichtstaatlichen Anbieter von Freizeitaktivitäten, wie Vereine, die unter Umständen gegebenenfalls direkt mit den zuständigen Behörden abrechen könnten.

6.2 Kompensatorische Angebote für Kinder und Jugendlichen

Während es bei der finanziellen Unterstützung letztlich den Eltern überlassen bleibt, wie sie die Mittel für ihre Kinder einsetzen, muss der Staat bei den kompensatorischen Angeboten für die Kinder und Jugendlichen genau planen, welche Aspekte der Deprivation er wie adressieren möchte. Wichtige Themenfelder sind dabei die Ernährung, die Bereitstellung von Aktivitäts- und Rückzugsräumen für Kinder und Jugendliche, der Zugang zu bildungsbezogenen und teilhabefördernden Aktivitäten sowie die Stärkung der sozialen Beziehungen von Kindern und Jugendlichen.

Ernährung

Haben Kinder und Jugendliche morgens nicht ausreichend gegessen, kann das ihre Konzentration einschränken und für eine erfolgreiche Teilhabe an Unterricht und Betreuung problematisch sein. Während bereits im Jahr 2016 mit 46 Prozent nahezu die Hälfte der Kitas Frühstücksangebote gemacht haben (DGE, 2016), laufen an den Schulen erst Modellprojekte hierzu, wie „brotZeit“, das an 250 Grundschulen in Nordrhein-Westfalen mit besonders ungünstiger Sozialstruktur ein kostenfreies Frühstück anbietet (Bildungsportal NRW, 2026). Dabei verfügen Schulen mit Mensen grundsätzlich über die notwendigen technischen Voraussetzungen, wie Kühlmöglichkeiten, um derartige Angebote machen zu können. Allerdings stellt das gemeinsame Frühstück für viele Familien ein wichtiges gemeinsames Ritual dar, das unbedingt erhalten werden sollte. So ist ein differenziertes Vorgehen sinnvoll. Erhält ein großer Teil der Kinder und Jugendlichen, die eine Schule besuchen, zu Hause häufiger kein oder ein ungeeignetes Frühstück, sollte an der Schule allen Schülerinnen und Schülern ein kostenfreies Frühstück angeboten werden. Besuchen nur wenige Kinder und Jugendliche, die zu Hause häufiger kein oder ein ungeeignetes Frühstück erhalten, eine Schule, sollten diese hingegen gezielt adressiert werden.

Beim Mittagessen ist die Ausgangslage völlig anders als beim Frühstück. Einerseits muss dies zwangsläufig in Kita und Schule erfolgen, wenn sich die Kinder vom Morgen bis zum Nachmittag durchgängig dort aufhalten und andererseits können die Speisen nicht von zu Hause mitgebracht werden, wenn sie warm verzehrt werden sollen, was beim Mittagessen der Regelfall ist. Daher wurden mit dem Ausbau der Ganztagsbetreuung an den Grundschulen grundsätzlich auch Mensen eingerichtet, die ein warmes Mittagessen anbieten. An den weiterführenden Schulen bestehen hingegen teilweise noch Lücken. Ein kritischer Punkt sind auch die Ferien. Besuchen die Kinder und Jugendlichen in dieser Zeit keine Angebote der Schulen, haben sie keinen Zugang zu den Mensen. In beiden Fällen sind alternative Mittagessensangebote in Jugendtreffs und ähnlichen Einrichtungen sehr hilfreich. Prinzipiell gilt dies auch für die Wochenenden, obschon man erwarten kann, dass die Verpflegung der Kinder und Jugendlichen an diesen vollständig in den Familien realisiert werden kann, wenn keine Kindeswohlgefährdung vorliegt.

Aktivitäts- und Rückzugsräume für Kinder und Jugendliche

Bei der Kompensation fehlender Räume in den Elternhäusern muss der Staat je nach Alter sehr unterschiedlich vorgehen. Benötigen die Kinder noch eine kontinuierliche Betreuung, müssen entsprechende Angebote grundsätzlich beaufsichtigt werden. Bis zum Schuleintritt können sie Teil der regulären Kitabetreuung sein, die gerade für Familien in sehr beengten Wohnverhältnissen mit möglichst geringen Unterbrechungen im Jahr durch Schließzeiten und bestenfalls auch an den Samstagen angeboten werden sollten. Bei den Kindern im Grundschulalter bietet es sich ebenfalls an, sie bei der Ganztagsbetreuung an Ganztagsschulen und Horten zu verorten. Jedoch sind hier bereits spezifischere Anforderungen im Blick zu behalten; etwa, dass die Kinder tatsächlich einen Ort haben, an dem sie in Ruhe und ungestört einer konzentrierten Beschäftigung nachgehen können. Dies sollte bei der Konzeption der Ganztagsbetreuung für Grundschulkinder im Blick behalten werden. So sollte diese nicht nur, wie im Folgenden dargestellt, den Zugang zu bildungsbezogenen und teilhabefördernden Aktivitäten fördern, wofür eine starke Begleitung durch pädagogisches Personal wichtig ist, sondern den Kindern auch Aktivitäts- und Rückzugsräume anbieten, in denen sie sich weitgehend frei entfalten können und nur im notwendigen Maß beaufsichtigt werden. Für die älteren Kinder und Jugendlichen sollten die Aktivitäts- und Rückzugsräume sinnvollerweise bei Jugendtreffs und ähnlichen Einrichtungen angesiedelt werden und keine enge institutionelle Anbindung an die Schulen haben. Wichtig ist eine gezielte Einbindung der Zielgruppe bei der Ausgestaltung, insbesondere auch mit Blick auf die Öffnungszeiten. Gleichzeitig muss regelmäßig überprüft werden, inwieweit tatsächlich alle adressierten Kinder und Jugendlichen die Einrichtungen nutzen und welche Hemmnisse hier gegebenenfalls bestehen. Gezielt gegengesteuert werden muss etwa, wenn Spannungen mit anderen Besuchern der Einrichtungen dies verhindern.

Zugang zu bildungsbezogenen und teilhaberelevanten Aktivitäten

Möchte der Staat deprivierten Kindern und Jugendlichen den Zugang zu bildungsbezogenen und teilhabefördernden Aktivitäten ermöglichen, muss er immer im Blick behalten, wie er sie bestmöglich erreichen kann. Dies ist beispielsweise meist deutlich einfacher, wenn Vorleseangebote in Kita und Schule stattfinden, als wenn sie in den Bibliotheken angesiedelt werden. Auch spielt der bürokratische Aufwand für die Eltern eine wesentliche Rolle. So ist es in der Regel vorteilhaft, wenn die Aktivitäten Familien im Sozialleistungsbezug unmittelbar kostenfrei angeboten werden und nicht von diesen über das Bildungs- und Teilhabepaket mit dem Job-Center oder Sozialamt abgerechnet werden müssen. Wie bei der Bereitstellung von Aktivitäts- und Rückzugsräumen muss auch bei der Förderung des Zugangs zu bildungsbezogenen und teilhaberelevanten Aktivitäten je nach Alter der Kinder und Jugendlichen unterschiedlich vorgegangen werden.

Im frühkindlichen und vorschulischen Alter ist noch keine starke Ausdifferenzierung der Angebote notwendig. So üben Kinder in dieser Lebensphase beispielsweise in der Regel noch keine spezifischen Sportarten aus, sondern praktizieren im Kinderturnen Bewegungsspiele aller Art. Dies macht es relativ einfach möglich, die bildungsbezogenen und teilhaberelevanten Aktivitäten in den regulären Kitaalltag zu integrieren. Allerdings können die Kitas nur ein gutes Angebot an bildungsbezogenen und teilhaberelevanten Aktivitäten realisieren, wenn sie über eine ausreichende personelle Ausstattung verfügen. Dies gilt insbesondere dann, wenn besonders viele Kinder mit besonderen Unterstützungsbedarfen betreut werden und bei besonderen Aktivitäten, wie Ausflügen, nur schwer Eltern als zusätzliche Aufsichtspersonen miteingebunden werden können. Daher sollten den betroffenen Einrichtungen – gestützt auf einen Sozialindex – zusätzliche Betreuungskräfte zugewiesen werden. Gleichzeitig muss auch darauf hingearbeitet werden, dass das Angebot besonderer Aktivitäten für die Kitas mit möglichst wenig bürokratischem Aufwand verbunden ist. Das betrifft insbesondere die Abrechnung spezifischer Kosten, wie Ticket- und Eintrittspreise bei Ausflügen.

Im Grundschulalter wird die Lage etwas komplexer. Größtenteils lassen sich die bildungsbezogenen und teilhaberelevanten Aktivitäten, ähnlich wie im Kitabereich, bei den (Ganztags-)Schulen und Horten verankern, was für den Zugang der Kinder in der Regel am günstigsten ist. Auch diese sollten bei einer ungünstigen Sozialstruktur der Elternhäuser der Schülerinnen und Schüler personell besonders gut aufgestellt sein, um ein breites Spektrum an bildungsbezogenen und teilhabefördernden Aktivitäten anbieten zu können. Es gibt allerdings auch Aktivitäten, bei denen die Anbindung an die Ganztagsbetreuung nicht sinnvoll möglich ist, wie Trainings in weniger verbreiteten Sportarten. In solchen Fällen muss es Kindern und Jugendlichen möglichst einfach gemacht werden, an entsprechenden außerschulischen Angeboten von Vereinen und weiteren Einrichtungen teilzunehmen. Dazu sollte der Bürokratieaufwand für diese Anbieter und die Eltern möglichst geringgehalten werden, insbesondere bei der Abrechnung von Teilnahmegebühren und Kosten für die gegebenenfalls notwendige Ausstattung über das Bildungs- und Teilhabepaket. Bei den älteren Kindern und Jugendlichen haben die außerschulischen Angebote für die bildungsbezogenen und teilhaberelevanten Aktivitäten insgesamt wesentlich mehr Bedeutung, obschon sie in der Sekundarstufe I teilweise auch noch an den Schulen angesiedelt werden können. Eine wichtige Rolle können hier insbesondere in ungünstigeren Wohnlagen Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, wie Jugendtreffs, spielen. Diese sollten ihre Angebote zusammen mit den (potenziellen) Besuchern konzipieren und in den Ferien möglichst auch mehrtägige Fahrten anbieten, um die Teilhabe der Kinder und Jugendlichen umfassend zu stärken.

Stärkung der sozialen Beziehungen von Kindern und Jugendlichen

Ein großer Teil der Deprivation von Kindern und Jugendlichen erfolgt entweder unmittelbar auf der Ebene der sozialen Beziehungen oder wirkt sich stark auf diese aus. Daher sollte der Staat auch in diesem Bereich aktiv werden. Dabei gilt es Schlechtes zu verhindern und Gutes zu fördern, wobei ersteres nicht im engeren Sinn kompensatorisch wirkt. Zum Schlechten zählt insbesondere das Mobbing durch Gleichaltrige, dem die Schulen bereits heute in der Regel sehr gezielt entgegenwirken. Dennoch wäre ein weiterer Ausbau der entsprechenden Maßnahmen sehr wünschenswert, auch da die Gefahr besteht, dass sich das Mobbing in den öffentlichen Raum, etwa in Richtung der Schulwege, oder in den virtuellen Raum verlagert. Deutlich schwieriger und gleichzeitig nicht weniger wichtig ist es, darauf hinzuarbeiten, dass alle Kinder und Jugendlichen Freunde finden, mit denen sie ihre Freizeit verbringen und im Vertrauen über die Themen sprechen können, die sie bewegen. Dabei ist frühes Handeln sehr wichtig, da sich die Beziehungen immer weniger beeinflussen lassen, je älter die Kinder werden. Bereits vor Kitaeintritt sollten die Eltern für die Bedeutung des Kontakts zu Gleichaltrigen für die kindliche Entwicklung sensibilisiert werden und entsprechende Austauschformate, wie Krabbelgruppen, sollten insbesondere in Wohnlagen mit ungünstiger Sozialstruktur gestärkt werden. Nach Kitaeintritt sollten die Betreuungskräfte die Entwicklung der Beziehungen der Kinder untereinander gezielt im Blick behalten. Zeigt sich, dass einzelne Kinder kaum Freundschaften entwickeln und sich gegebenenfalls auch stärker von der Gruppe absondern, sollten sie gezielt zum gemeinsamen Spiel mit anderen angeregt werden. In den Schulen und Horten sollten die Lehr- und Betreuungskräfte ebenfalls darauf achten, ob es Kinder gibt, die keine Freunde haben und vor diesem Hintergrund gegebenenfalls bereits sehr einsam sind. Ist dies der Fall, sollte (in der Regel durch die Schulsozialarbeit) das Gespräch mit den Betroffenen selbst und ihren Eltern gesucht werden, um passgenaue Gegenmaßnahmen zu entwickeln. Dies kann von der Eingliederung in außerschulische Aktivitäten mit einer starken sozialen Komponente, wie beispielsweise Pfadfindergruppen, bis hin zu einer psychologischen Unterstützung bei Hemmungen im Umgang mit anderen Kindern reichen.

Neben gleichaltrigen Freunden benötigen Kinder auch erwachsene Ansprechpartner, an die sie sich mit ihren Problemen wenden können. Finden sie diese nicht in ihren Familien, etwa weil die Beziehungen zu den Eltern

sehr konfliktbeladen sind, können und sollten Personen, die in Kitas, Schulen und weiteren Einrichtungen in Kontakt zu den Kindern und Jugendlichen stehen, kompensatorisch tätig werden. Allerdings müssen dabei Rollenkonflikte, so weit wie möglich, vermieden werden. Beispielsweise kann eine Lehrkraft, die ein Kind unterrichtet, bei einem Gespräch über dessen schulische Probleme kaum eine unabhängige Perspektive einnehmen. Gleichzeitig ist ein Vertrauensverhältnis mit der beratenden Person wichtig. Dieses lässt sich leichter aufbauen, wenn das Kind mit dieser auch ansonsten etwa im Rahmen von Angeboten der Schulsoziarbeit (ohne Leistungsdruck) interagiert.

Grundsätzlich kann der Staat noch in weiteren Bereichen kompensatorisch tätig werden. Jedoch gibt es Grenzen. Kommt es bei Kindern etwa zu Defiziten im Bereich Hygiene, können die Kitas und Schulen kaum die notwendige Unterstützung bei der Körperpflege übernehmen. Auch können sie die Kinder und Jugendlichen nicht einkleiden und ihre Bekleidung waschen. Prinzipiell sollten mit den kompensatorischen Angeboten nur Kinder und Jugendliche adressiert werden, die in Familien leben, die im Kern funktional sind, andernfalls müssten weiterreichende Maßnahmen ergriffen werden.

6.3 Begleitung und Unterstützung von Eltern

Bei der Begleitung und Unterstützung von Eltern muss zwischen Angeboten, die sich grundsätzlich an alle Familien richten, und zielgruppenspezifischen Hilfen unterschieden werden. Letztere erfolgen meist, wenn vom Staat bereits festgestellt wurde, dass in der Familie eine Gefährdung das Wohl des Kindes besteht. Dann ist die Inanspruchnahme zwar noch de Jure freiwillig (§ 27 SGB VIII), de Facto führt eine (vollständige) Verweigerung jedoch in den meisten Fällen fast zwangsläufig dazu, dass es zu einer Inobhutnahme des Kindes nach § 42 SGB VIII kommt. Dabei können auch die Hilfen zur Erziehung nach § 27 SGB VIII bereits eine Unterbringung außerhalb der Familien beinhalten.

Betrachtet man zunächst die offenen Angebote, können diese nur effektiv wirken, wenn sie ihre Zielgruppen tatsächlich erreichen. Dies stellt gerade bei den Müttern und Vätern, die im Umgang mit den Kindern und beim Führen des Haushalts Probleme haben, vielfach eine sehr große Herausforderung dar. So müssen bis zum Kitaeintritt letztlich möglichst alle Kontaktpunkte zu den Familien, insbesondere auch die U-Untersuchungen genutzt werden, um sie anzusprechen und zu informieren; für Angebote mit einem anderen Fokus, wie die Krabbelgruppen zum Austausch zwischen den Eltern und gemeinsamen Spiel der Kinder, gilt das ebenso. In manchen Fällen können sogar die Job-Center und die Sozialämter geeignete Multiplikatoren sein, etwa wenn es um Angebote im Bereich der finanziellen Bildung zum besseren Wirtschaften mit geringen Einkünften geht. Später kann und sollte die Ansprache der Mütter und Väter über die Elternarbeit in Kita und Schule erfolgen. Allerdings nützt es wenig, wenn die Unterstützungsangebote bei Elternabenden ansprechend vorgestellt werden, die hauptsächlich adressierten Eltern diese aber überhaupt nicht besuchen.

Grundsätzlich wäre es sinnvoll, die Kitas und Grundschulen vor allem in sozial ungünstigen Wohnlagen zu Familienzentren auszubauen, an denen auch derartige Angebote für die Eltern unmittelbar mitangesiedelt werden können (BMFSFJ, 2021). Dabei könnten die Kitas auch die Familien mit noch kleineren Kindern mitansprechen. Inhaltlich sollten sich die Angebote an den konkreten Bedarfen der Familien orientieren; dies kann von Schulungen im Bereich der finanziellen Bildung (etwa zum Führen eines Haushaltsbuchs) über Coaching bei der Strukturierung der Familienalltage bis hin zu einer Beratung von Eltern in Konfliktsituationen (etwa bei Trennungen) reichen. Wichtig ist ein kontinuierlicher Weiterentwicklungsprozess, der auf regelmäßigen Befragungen der Zielgruppen zu ihren Bedarfen und Erfahrungen mit den Angeboten basieren sollte.

Dabei kann sich erst mit der Zeit zeigen, wie viele Eltern im Umfeld der Kitas und Schulen tatsächlich für die Nutzung der Angebote gewonnen werden können und welcher Teil der Zielgruppe mit ihnen faktisch nicht erreichbar ist.

Gleichzeitig sind insbesondere die Betreuungs- und Lehrkräfte gefordert, aber auch alle anderen Personen mit institutionellen Kontakten zu den Kindern, wie etwa die Kinderärzte, auf Anzeichen für Probleme in den Familien zu achten und gegebenenfalls die Jugendämter hinzuzuziehen. Diesen steht im Rahmen der Hilfen zur Erziehung ein breites Spektrum an verschiedenen Einzelmaßnahmen zur Verfügung, um den betroffenen Kindern und Jugendlichen effektiv helfen zu können. Allerdings sind diese teilweise mit substanziellen Kosten verbunden, sodass bei einer zunehmend schwierigeren Haushaltslage die finanzielle Ausstattung der Jugendämter zu einem limitierenden Faktor werden kann. Insbesondere auch vor diesem Hintergrund muss bei der Auswahl der Instrumente immer die Wirtschaftlichkeit im Blick behalten werden. Lässt sich der gleiche Effekt auf verschiedenen Wegen erzielen, sollte immer der Weg mit dem geringsten Mitteleinsatz gewählt werden; allerdings müssen dabei immer auch die Wünsche der betroffenen Kinder und Jugendlichen im Blick behalten werden. Nicht nur im Sinne der Kinder und Jugendlichen, sondern auch aus ökonomischer Sicht ist ein frühes Handeln sehr wichtig, da sich so sehr weitreichende und kostenintensive Maßnahmen gegebenenfalls vermeiden lassen.

7 Fazit

Haben Kinder und Jugendliche keinen Zugang zu Ressourcen, die für ein gutes Aufwachsen relevant sind, kann das nicht nur für sie selbst, sondern auch für Deutschland insgesamt sehr negative Folgen haben. So ergeben Berechnungen zu den langfristigen fiskalischen Effekten von Kindern, für die von materieller Deprivation Betroffenen einen um rund 217.000 Euro niedrigeren Wert. Dabei sind nicht nur die im entsprechenden Indikator gemessenen Aspekte, sondern das ungünstigere Lebensumfeld insgesamt ursächlich. Erreichen junge Menschen nach Abschluss ihrer Ausbildung keinen berufsqualifizierenden Abschluss, kostet das den Staat langfristig 421.300 Euro, erkranken sie insbesondere auch aufgrund eines ungünstigen Entwicklungsumfelds an einer Depression, sind es 345.500 Euro. Dabei stellt es eine Deprivation von Kindern und Jugendlichen dar, wenn ihnen Ressourcen im sozialen Bereich, wie Freundschaften mit anderen Kindern, fehlen, die für eine gute Entwicklung ebenfalls entscheidend sind. So wäre auch eine umfassende konzeptionelle Fassung der Deprivation von Kindern und Jugendlichen über den materiellen Bereich hinaus und darauf aufbauend ein entsprechendes Monitoring der Lage in Deutschland sehr wünschenswert. Dazu müsste allerdings zunächst geklärt werden, welche Ressourcen die Kinder und Jugendlichen für gute Entwicklungs- und Teilhabechancen konkret benötigen und wo entsprechend von einer problematischen Deprivation auszugehen ist. Auch der bestehende Indikator zur kinderspezifischen materiellen Deprivation ist hier noch nicht in allen Teilbereichen optimal ausgestaltet.

Der Staat sollte die von Deprivation betroffenen Kinder und Jugendlichen in erster Linie aus der Verpflichtung, die er mit der UN-Kinderrechtskonvention eingegangen ist, und im Weiteren auch aus seiner sozialpolitischen Verantwortung heraus unterstützen. Gleichzeitig sollte die Politik bei Haushaltsverhandlungen im Blick haben, dass aus der besseren Entwicklung der Kinder und Jugendlichen langfristig über höhere Steuern und Abgaben und weniger Ausgaben, etwa im Gesundheitssystem, substanzielle Mehreinnahmen für die öffentliche Hand entstehen. Vielfach überschreiten diese die Ausgaben für die Unterstützungsmaßnahmen für die Kinder und Jugendlichen bei weitem, sodass diese auch aus ökonomischer Sicht sehr rentable Investitionen darstellen. In diesem Fall sollten die entsprechenden Strukturen auch bei starkem Spardruck aus ökonomischer Sicht noch weiter ausgebaut oder zumindest beibehalten werden, da sie längerfristig helfen, die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren. Allerdings ist dabei zu beachten, dass Bund und Sozialversicherungen besonders stark von den Mehreinnahmen profitieren, wohingegen die Kommunen die Leistungen zu wesentlichen Teilen finanzieren müssen, wofür gegebenenfalls ein Ausgleich geschaffen werden sollte.

Appendix: Einzelitems zur Deprivation nach Charakteristika

Tabelle A-1: Einzelitems zur Deprivation nach Charakteristika der Kinder (Teil I)

Anteile der Kinder unter 16 Jahren mit den jeweiligen Eigenschaften in Prozent, Stand: 2021

	Bildungsfernes Elternhaus		Beide Elternteile zugewandert		Familie im Transfer-Leistungsbezug	
Fehlend	Aus finanz. Gründen	Insge-samt	Aus finanz. Gründen	Insge-samt	Aus finanz. Gründen	Insge-samt
Einige neue Kleidungsstücke	6,2	10,8	4,7	8,9	9,2	10,9
Zwei Paar passende Schuhe	8,5	10,5	6,6	8,9	10,7	14,3
Täglich Obst und Gemüse	3,1	10,9	2,6	6,8	5,0	11,4
Täglich Fleisch oder Ersatz	11,2	19,6	9,0	15,9	15,3	24,2
Altersgerechte Bücher	3,9	11,9	3,5	9,7	8,1	16,0
Freizeitgerät für draußen	9,9	15,0	8,5	13,9	15,0	21,4
Spielzeug für drinnen	6,0	8,1	4,6	6,4	8,5	10,2
Ausüben von Freizeitaktivitäten	15,6	48,4	13,1	42,9	18,4	55,8
Feste zu Geburtstagen usw.	4,3	11,2	2,8	9,8	5,8	12,0
Einladen von Freunden	3,9	28,9	3,1	30,2	7,2	39,3
Eine Woche Urlaub	30,5	49,7	24,6	38,5	49,7	63,7
Teilnahme an Schulausflügen	4,3	13,5	2,6	11,2	6,0	15,9
Ersatz abgewohnter Möbel	47,1	52,1	34,2	39,6	65,0	68,2
Internetzugang (der Eltern)	2,3	6,4	1,2	4,3	3,8	6,7
Auto im Haushalt	20,3	37,7	17,3	28,1	36,4	55,6
Keine Verschuldung der Eltern	18,9		14,7		19,8	
Angemessen warme Wohnung	9,8		6,1		9,1	

Ausgewertet wurden nur die Angaben von Familien, die zu allen Einzelitems der materiellen Deprivation Angaben machen; bei Schulausflügen und Schulden wurde bei fehlenden Angaben abweichend von keinem Mangel ausgegangen. Bei der angemessenen Beheizung der Wohnung (und den Schulden) liegen keine Angaben zu einem Mangel aus sonstigen Gründen vor.
Quellen: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, DOI: 10.21242/12211.2021.00.00.1.1.2; eigene Berechnungen

Tabelle A-2: Einzelitems zur Deprivation nach Charakteristika der Kinder (Teil II)

Anteile der Kinder unter 16 Jahren mit den jeweiligen Eigenschaften in Prozent, Stand: 2021

	Alleinerziehender Elternteil		Mehrkindfamilie		Kind unter sechs Jahren	
Fehlend	Aus finanz. Gründen	Insgesamt	Aus finanz. Gründen	Insgesamt	Aus finanz. Gründen	Insgesamt
Einige neue Kleidungsstücke	5,8	7,8	2,6	5,3	3,1	6,1
Zwei Paar passende Schuhe	5,5	7,7	5,9	8,6	2,7	5,9
Täglich Obst und Gemüse	0,7	4,6	2,0	9,0	1,0	5,8
Täglich Fleisch oder Ersatz	5,8	12,5	7,2	12,6	3,2	10,4
Altersgerechte Bücher	2,6	5,7	2,1	4,1	1,8	5,3
Freizeitgerät für draußen	6,6	9,6	4,7	7,1	3,6	8,0
Spielzeug für drinnen	2,7	4,6	3,2	4,5	1,2	2,8
Ausüben von Freizeitaktivitäten	10,0	37,6	10,1	35,6	5,8	46,9
Feste zu Geburtstagen usw.	3,4	10,0	2,0	6,8	1,1	6,8
Einladen von Freunden	3,3	22,4	1,2	21,3	1,3	24,2
Eine Woche Urlaub	20,5	32,0	18,4	30,4	12,3	25,3
Teilnahme an Schulausflügen	3,3	10,3	1,6	10,5	1,0	4,9
Ersatz abgewohnter Möbel	35,0	38,3	21,0	24,3	19,1	22,9
Internetzugang (der Eltern)	2,7	5,2	0,0	2,0	0,9	2,5
Auto im Haushalt	15,7	33,9	8,0	16,5	8,0	17,4
Keine Verschuldung der Eltern	12,6		12,2		9,4	
Angemessen warme Wohnung	5,9		4,1		3,1	

Ausgewertet wurden nur die Angaben von Familien, die zu allen Einzelitems der materiellen Deprivation Angaben machen; bei Schulausflügen und Schulden wurde bei fehlenden Angaben abweichend von keinem Mangel ausgegangen. Bei der angemessenen Beheizung der Wohnung (und den Schulden) liegen keine Angaben zu einem Mangel aus sonstigen Gründen vor.
Quellen: FDZ der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, DOI: 10.21242/12211.2021.00.00.1.1.2; eigene Berechnungen

Abstract

Children and young people today will determine Germany's economic, social and political development tomorrow. This is all the more significant given that, against the backdrop of demographic change, the population is becoming increasingly older. It is particularly problematic when children and young people do not have sufficient access to resources that are essential for their development and participation in society. In such cases, deprivation is present. This involves not only material resources but also social resources, such as friendly relationships with other children. However, to date there is only one EU indicator that measures child-specific material deprivation, and even then it merely assesses whether access to resources is insufficient for financial reasons. According to this indicator, 11.3 per cent of under-16s in Germany were affected by child-specific material deprivation in 2024. Own calculations using the Survey on Income and Living Conditions (EU-SILC) for 2021 show that the proportion rises from 10.0 per cent to 25.2 per cent, when the definition of the indicator is modified to also take into account a lack of access to resources for other reasons, Child-specific material deprivation often coincides with other risk factors for children's development, such as, in particular, parents' low educational attainment.

An IW Report accompanying this study found that, over the course of their lifetime, an average child pays 301,900 Euro more in taxes and social security contributions than they receive in benefits from the public sector. This calculation also takes account of the lower tax and contribution revenues resulting from mothers and fathers having children. However, there are considerable differences depending on the children's educational pathway. In the long term, for example, it costs the state 421,300 Euro if young people fail to obtain a vocational qualification. If they develop depression, particularly as a result of social deprivation, the cost is 345,500 Euro. For materially deprived children, the long-term net fiscal contribution is 216,500 Euro lower than for non-deprived children. This is attributable to the less favourable overall living environment of the children concerned – including the fact that they often grow up in families with low levels of educational attainment – rather than to material deprivation itself alone.

State transfer payments alone are insufficient to improve the situation sustainably, since they can be effective only if deprivation is in fact caused solely by families' financial constraints. Compensatory services for affected children and young people are also necessary. These should work independently of the cause of deprivation, such as school breakfast programmes, and should be expanded in a targeted manner. However, such programmes can reach only children who already attend an institution such as an early-years setting or school, and services of this kind are not appropriate for all areas of life. Targeted guidance and support for the families concerned is therefore also highly important.

Tabellenverzeichnis

Tabelle 5-1: Langfristige fiskalische Wirkungen der Lebenslagen deprivierter Kinder und Jugendlicher..... 26
Tabelle A-1: Einzelitems zur Deprivation nach Charakteristika der Kinder (Teil I)..... 35
Tabelle A-2: Einzelitems zur Deprivation nach Charakteristika der Kinder (Teil II)..... 36

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 3-1: Kinderspezifische materielle Deprivation im europäischen Vergleich 11
Abbildung 3-2: Mangel bei Einzelitems zur kinderspezifischen materiellen Deprivation..... 13
Abbildung 3-3: Weitere Risikofaktoren für die Entwicklung von Kindern nach Deprivation 14
Abbildung 3-4: Deprivation der Kinder nach Bildungsstand der Eltern 16
Abbildung 4-1: Schematische Darstellung eines Wirkungsmodells zur Deprivation in Kindheit und Jugend..... 18
Abbildung 4-2: Schulbesuch in der Sekundarstufe I nach kinderspezifischer materieller Deprivation 19
Abbildung 4-3: Bildungswege von Heranwachsenden nach materieller (und sozialer) Deprivation..... 21
Abbildung 4-4: Aspekte von Gesundheit und Sozialisation von Heranwachsenden nach Deprivation 21
Abbildung 5-1: Fiskalische Gesamtbilanzen von Kindern nach Bildungswegen und Lebensphasen..... 24

Literaturverzeichnis

Anger, Christina / Betz, Julia / Geis-Thöne, Wido, 2025, Die ökonomische Bedeutung der psychischen Gesundheit von Schülerinnen und Schülern, IW-Report, Nr. 49, Köln

Bildungsportal NRW, 2026, brotZeit, https://www.schulministerium.nrw/brotzeit [3.6.2026]

BMAS – Bundesministerium für Arbeit und Soziales, 2026, Empfehlungen der Kommission zur Sozialstaatsreform, https://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/Soziales/Modernisierung-Sozialstaat/abschlussbericht-sozialstaatskommission.pdf?__blob=publicationFile&v=4 [2.6.2026]

BMFSFJ – Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 2021, Neunter Familienbericht: Elter sein in Deutschland, https://www.bmbfsfj.bund.de/resource/blob/174094/195baf88f8c3ac7134347d2e19f1cdc0/neunter-familienbericht-langfassung-data.pdf [28.7.2026]

BMZ – Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, 2026, Armut, https://www.bmz.de/de/service/lexikon/armut-14038 [13.3.2026]

Deschermeier, Philipp / Schäfer, Holger, 2026, Die Babyboomer erreichen das Rentenalter, IW-Kurzbericht, Nr. 39, Köln / Berlin

DGE – Deutsche Gesellschaft für Ernährung, 2016, 13. DGE-Ernährungsbericht, https://www.gemeinsamgutessen.de/fileadmin/nqz/publikationsdateien/VeKiTa_ohne.pdf [16.9.2026]

Duden, 2026, Wörterbuch: Deprivation, https://www.duden.de/rechtschreibung/Deprivation [13.3.2026]

EU, 2026a, Children - material deprivation, https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Children_-_material_deprivation [13.3.2026]

EU, 2026b, Living conditions in Europe - material deprivation and economic strain, https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Living_conditions_in_Europe_-_material_deprivation_and_economic_strain#Context [13.3.2026]

Funcke, Antje / Menne, Sarah, 2026, Factsheet: Bildungs- und Teilhabepaket (BuT), https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/factsheet-bildungs-und-teilhabepaket [15.9.2026]

Geis-Thöne, 2019, Tägliches (Vor-) Lesen steigert die schulischen Leistungen, Ergebnisse zu den längerfristigen Effekten auf Basis des Sozio-oekonomischen Panels, IW-Report, Nr. 39, Köln

Geis-Thöne, Wido, 2020, Häusliches Umfeld in der Krise: Ein Teil der Kinder braucht mehr Unterstützung. Ergebnisse einer Auswertung des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP), IW-Report, Nr. 15, Köln

Geis-Thöne, Wido, 2021, Mögliche Entwicklungen des Fachkräfteangebots bis zum Jahr 2040.
Eine Betrachtung der zentralen Determinanten und Vorausberechnung, IW-Report, Nr. 11, Köln

Geis-Thöne, Wido, 2025, Bildungswege in der Sekundarstufe I außerhalb des Gymnasiums. Eine Bestandsaufnahme der unterschiedlichen Schulformen und -abschlüsse in den Ländern, IW-Report, Nr. 16, Köln

Geis-Thöne, Wido, 2026, Fiskalische Effekte von Kindern: Neue Berechnungen differenziert nach Bildungswegen, IW-Report, Nr. 41, Köln

Hansen, Julia / Neumann, Clemens / Hanewinkel, Reiner, 2025, Gesundheit und Gesundheitsverhalten von Kindern und Jugendlichen in Deutschland – Ausgewählte Ergebnisse des Präventionsradar 2024/2025, IFT Nord (Hrsg.), Kiel

Heinrich, Lea / Volf, Irina, 2022, (Über-)Leben mit 28 – AWO-ISS-Langzeitstudie zur Kinderarmut: Übergang ins junge Erwachsenenalter und Bewältigung der Corona-Krise, https://www.iss-ffm.de/fileadmin/assets/veroeffentlichungen/downloads/AWO-ISS-Langzeitstudie-VI.pdf [10.6.2026]

Jackwerth-Rice, Beborah, 2023, Institutionelle Hürden bei der Inanspruchnahme des Kinderzuschlags; Begleitforschung zum Projekt „KiZ+“, https://www.researchgate.net/publication/368981535_Institutionelle_Hurden_bei_der_Inanspruchnahme_des_Kinderzuschlags_Institutional_barriers_to_the_uptake_of_child_supplement [19.6.2026]

Statistische Ämter des Bundes und der Länder, 2024, Mikrozensus 2024: Kernprogramm und Erhebungsteil Einkommen und Lebensbedingungen, https://www.statistik.bayern.de/mam/statistik/gebiet_bevoelkerung/mikrozensus/musterfragebogen_mikrozensus_2024_-_kernprogramm_und_erhebungsteil_einkommen_und_lebensbedingungen__deutsch_.pdf [13.3.2026]

Statistisches Bundesamt, 2022, Qualitätsbericht Mikrozensus 2021, Wiesbaden

Statistisches Bundesamt, 2023, Qualitätsbericht Mikrozensus 2022, Wiesbaden

Walper, Sabine et al., 2025, Eine Perspektive für jedes Kind: UNICEF-Bericht zur Lage der Kinder in Deutschland 2025, https://headless-live.unicef.de/caas/v1/mdia/385624/data/d621666e6a2f3c427c427ccf96df887e [26.5.2026]

Weber, Birgit, 2010, "Gutes Leben" oder maximaler Nutzen – ökonomische Entscheidungen im Haushalt, Informationen zur politischen Bildung, https://www.bpb.de/shop/zeitschriften/izpb/haushalt-markt-konsum-308/7593/gutes-leben-oder-maximaler-nutzen-oekonomische-entscheidungen-im-haushalt/ [13.3.2026]